
„Die Niederlande haben kein Interesse an einem von Armut geplagten, ausgehungerten Deutschland“

Deutsch-niederländische Finanzbeziehungen 1945–1957

von Martijn Lak

I. Einführung

„Der Druck auf die alliierten und deutschen Autoritäten, den Transfer von Kapitalerträgen aus Deutschland zu erlauben, darf den Versuchen, die Exporte nach Deutschland zu erhöhen, definitiv nicht untergeordnet werden“, schrieb der niederländische Ökonom P. J. van den Burg in der ökonomischen Wochenzeitschrift *Economisch-Statistische Berichten* Anfang 1949.¹ Seine Beobachtung war nur zu verständlich: In der niederländischen Politik gegenüber Deutschland bestand eine deutliche Ambivalenz zwischen Versuchen, Vorkriegsvermögen zurückzuerhalten, und den Versuchen, niederländisch-deutsche Handels- und Wirtschaftsbeziehungen wiederherzustellen. In den Niederlanden war dieser Dualismus besonders akut, weil Deutschland, seit dem späten 19. Jahrhundert die dominante Wirtschaftsmacht Kontinentaleuropas, seit etwa 1850 der wichtigste Handelspartner der Niederlande gewesen war.² Zudem hatten niederländische Unternehmen, Banken und Privatpersonen in der ersten Dekade nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland im Allgemeinen und im Ruhrgebiet im Besonderen große Investitionen getätigt. Jedoch verloren niederländische Eigentümer und Firmen 1931, als die Konvertibilität der Reichsmark aufgegeben wurde, die Kontrolle über ihre Besitzungen und Investitionen im Dritten Reich. Die deutsche Besetzung der Niederlande zwischen 1940 und 1945 verschlimmerte diesen Zustand noch.

¹ P. J. van den Burg, Transfer van kapitaalopbrengsten uit Duitsland en de betekenis daarvan voor het Europese dollardeficit, in: *Economisch-Statistische Berichten*, 18. Mai 1949, 394–396, hier 396.

² Martijn Lak, Trading with the Enemy? The Occupation of the Netherlands and the Problems of Postwar Recovery, in: Jonas Scherner/Eugene N. White (Eds.), *Paying for Hitler's War. The Consequences of Nazi Hegemony for Europe*. Cambridge 2016, 140–163, hier 140.

Daher war es eines der zentralen Ziele der niederländischen Regierung und der niederländischen Geschäftswelt, nach der bedingungslosen Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschland wieder die Kontrolle über ihre Kapitalinteressen zu erlangen. Die Regierung erkannte, dass die Erholung der niederländischen Wirtschaft in der Nachkriegszeit ohne das Einkommen aus Kapitalerträgen ernsthaft verzögert, wenn nicht überhaupt gefährdet werden würde. Da das gesamte vor dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland investierte niederländische Kapital 1669 Millionen Reichsmark betrug und die vier großen multinationalen niederländischen Unternehmen AKU (*Algemene Kunstzijde Unie*, jetzt AkzoNobel), Royal Dutch Shell, Philips und Unilever – die sogenannten „großen Vier“ – mehr als eine Milliarde Reichsmark in Deutschland investiert hatten, war diese Sorge keineswegs unbegründet.³ Überdies hatten die Niederlande 230 Millionen Reichsmark in deutsche Kohlebergwerke sowie die Stahl- und Eisenindustrie investiert. Wenn die Kontrolle über diesen Besitz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht wiedererlangt werden könnte, fürchteten viele, würde dies die niederländische wirtschaftliche Erholung gefährden, da diese stark von einem ökonomisch funktionierenden Deutschland abhing. Nach der Niederlage des Dritten Reichs stellten die Niederlande gegenüber ihrem ehemaligen Feind drei finanzielle Forderungen: der Schutz der Investitionen der 1920er Jahre und der ausländischen Direktinvestitionen (vor allem der „großen Vier“) sowie die Rückerstattung der illegal erhobenen Kosten für die deutsche Besetzung, die sich auf ungefähr 15 bis 18 Milliarden Gulden beliefen.⁴

Nachdem das nationalsozialistische Deutschland besiegt worden war, gelang es Den Haag jahrelang nicht, die Kontrolle seiner Investitionen wiederzuerlangen; das war vor allem eine Folge der Besatzungspolitik der Alliierten. Obgleich über die Nachkriegsgeschichte Deutschlands und die Politik der verschiedenen Besatzungsbehörden viel geschrieben wurde, ist über die Folgen von deren Politik für die wirtschaftliche Erholung der deutschen Nachbarn, die stark von engen Handelsbezie-

3 Nationaal Archief (künftig: NA), Den Haag, Ministerie van Financiën, Bureau van de Financieel Attaché te New York en Washington, Financieel Attaché New York en Washington, 1940–1974, Zugangsnr. 2.08.75, Inventarnr. 3365: De Nederlandse kapitaalbelangen in Duitsland, 23. August 1948; NA, Buitenlandse Zaken/Code-Archief 45–54, 1945–1954, Zugangsnr. 2.05.117, Inventarnr. 27277: Nota Hirschfeld Betreffende de geallieerde en de Nederlandse politiek t.a.v. West-Duitsland, 28. April 1949; Duitsland West. Nederlandse verlangens inzake geallieerde politiek in Duitsland; Nota Hirschfeld deel I.

4 *Hein A. M. Klemann*, *Nederland 1938–1948. Economie en samenleving in jaren van oorlog en bezetting*. Amsterdam 2002, 101 f., 152 f.

hungen zu diesem Land abhängig waren, viel weniger bekannt. Dieser Artikel konzentriert sich auf die Folgen der Besatzungspolitik für die niederländisch-deutschen Finanzbeziehungen nach dem Krieg.

Die niederländische Regierung kämpfte heftig für die Verteidigung ihrer Kapitalinteressen in Deutschland. Eines war für niederländische Investoren in Deutschland sicher: Wenn es sich als unmöglich herausstellen sollte, Westdeutschland innerhalb der finanziell-ökonomischen und politischen Strukturen Westeuropas zu halten, „wären niederländische Kapitalinvestitionen in Deutschland wirtschaftlich und vermutlich auch politisch bald so gut wie gestorben“.⁵ Das war tatsächlich seit der deutschen Finanzkrise von 1931 der Fall gewesen, als Deutschland gezwungen war, Devisenkontrollen einzuführen und die Konvertibilität der Reichsmark aufzuheben, was die finanziellen Beziehungen zum wichtigsten Handelspartner der Niederlande mit monetären Schwierigkeiten belastete.⁶

Allerdings ist über das genaue Ausmaß der niederländischen Vorkriegsinvestitionen in Deutschland wenig bekannt. Dasselbe gilt für ausländische Direktinvestitionen (künftig: ADIs) nach 1945 und die Wiederaufnahme finanzieller Beziehungen nach 1945, da wenig über niederländische Kapitalinvestitionen in Deutschland in den Jahren unmittelbar nach 1945 geschrieben wurde.⁷ Die einzigen bislang vorliegenden Zahlen stammen von dem niederländischen Ökonomen Johan Bloemers, der in seiner Untersuchung zu den finanziellen Beziehungen zwischen den Niederlanden und Deutschland aus dem Jahr 1951 berechnete, die niederländischen ADIs in Deutschland hätten vor Kriegsbeginn anderthalb Milliarden Gulden betragen. Allerdings ist die Quelle seiner Informationen unklar.⁸

5 *Johan Hein Frederik Bloemers*, *De financiële verhouding tussen Nederland en Duitsland mede in verband met de Nederlandse beleggingen in Duitsland*. Amsterdam 1951, 5.

6 *Hein A. M. Klemann*, *Wirtschaftliche Verflechtung im Schatten zweier Kriege*, in: ders./Friso Wielenga (Hrsg.), *Deutschland und die Niederlande. Wirtschaftsbeziehungen im 19. und 20. Jahrhundert*. Münster 2009, 19–44, hier 38.

7 *Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid*, *Onder invloed van Duitsland. Een onderzoek naar gevoeligheid en kwetsbaarheid in de betrekkingen tussen Nederland en de Bondsrepubliek*. Den Haag 1982; *Cornelis Wilhelmus Adrianus Maria van Paridon*, *De handelsbetrekkingen tussen Nederland en de Bondsrepubliek Duitsland*. Den Haag 1982; *Joachim Friedrich Erwin Bläsing*, *Der Einfluß niederländischer und belgischer Unternehmen auf die deutsche Wirtschaft*, in: Hans Pohl/Wilhelm Treue (Hrsg.), *Der Einfluß ausländischer Unternehmen auf die deutsche Wirtschaft vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart*. Stuttgart 1992, 65–80; *Hein A. M. Klemann*, *Waarom bestaat Nederland eigenlijk nog? Nederland-Duitsland: economische integratie en politieke consequenties 1860–2000*. Rotterdam 2006, 60.

8 *Bloemers*, *De financiële verhouding* (wie Anm. 5), 10.

Im Folgenden werden die niederländisch-deutschen Finanzbeziehungen zwischen 1945 und 1957 analysiert, und zwar auf der Grundlage neuer Daten aus niederländischen und deutschen Archiven, die bislang nicht zugänglich waren oder von anderen Autoren nicht eingehend betrachtet worden sind. Dadurch trägt dieser Artikel zum besseren Verständnis niederländisch-deutscher Wirtschaftsbeziehungen im Allgemeinen und der Finanzbeziehungen im Besonderen bei. Der Umfang der niederländischen Investitionen in Deutschland kann einen Einblick in die Intensität der Kontakte und das Ausmaß der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen bieten. Der Artikel beginnt mit einer kurzen Skizze der niederländischen Investitionen in Deutschland vor dem Zweiten Weltkrieg als Rahmen, vor dessen Hintergrund die finanziellen Entwicklungen nach dem Krieg interpretiert werden sollen. Danach wird die Frage aufgeworfen, wie niederländische Investitionen in Deutschland geschützt wurden. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der alliierten Wirtschaftspolitik, da diese die ökonomische Erholung Deutschlands und der Niederlande tiefgreifend und oft negativ beeinflusste. Zu fragen ist auch, welche Folgen deutsche Währungsprobleme für die Niederlande und ihre finanziellen Ansprüche hatten und wie diese Probleme gelöst wurden. Schließlich muss die Bedeutung der deutschen Währungsreform von 1948 für die Niederlande behandelt werden.

II. Niederländische Investitionen in Deutschland vor und während des Zweiten Weltkriegs

Das rasche Wachstum der Industrie im Ruhrgebiet während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die Industrialisierung der Niederlande.⁹ Der Anfang des modernen niederländischen Wirtschaftswachstums korreliert signifikant mit jenem in Deutschland. Wie der niederländische Historiker Hein Klemann gezeigt hat, ermöglichte die rasante Industrialisierung der Ruhr in den benachbarten Regionen – vor allem in den Niederlanden – die Entwicklung von Schifffahrts- und Handelsnetzwerken, einer auf die Versorgung von Industriestädten spezialisierten Landwirtschaft und der lebensmittelverarbeitenden Industrie. Da die Ruhr außer Kohle keine Rohstoffe besaß, mussten dort Erze, Holz für

9 Klemann, *Waarom* (wie Anm. 7), 17, 33 f., 64 f.; Jan Luiten van Zanden/Arthur van Riel, *Nederland 1780–1914: staat, instituties en economische ontwikkeling*. Amsterdam 2000, 218.

den Stollenbau und andere Materialien in immer größeren Mengen aus dem Ausland eingeführt werden¹⁰, wofür der Hafen von Rotterdam sehr geeignet war. Marten Boon stellte fest, dass „between 1890 and 1940, the relationship between Rotterdam and the Ruhr was cast in coal“.¹¹ Daher hatten die niederländischen Investitionen in Deutschland ihren Ursprung in der Phase extensiven deutschen industriellen Wachstums, genauer gesagt im Wachstum des Ruhrgebiets seit den 1860er Jahren. Dieses Wachstum benötigte enorme Investitionen von Kapital, und die Niederlande, wohlhabend und auf internationalen Handel ausgerichtet, waren sowohl in der Lage als auch dazu bereit, dieses Kapital bereitzustellen.¹²

Die niederländischen Investitionen in Deutschland nahmen von daher bereits vor 1914 erheblich zu, aber in der Zwischenkriegszeit explodierten sie förmlich, vor allem in den 1920er Jahren.¹³ Die großen niederländischen Investitionen in Deutschland nach 1918 waren Folge des Bedürfnisses der Weimarer Republik nach ausländischem Kapital. Die Niederlande hatten im Ersten Weltkrieg große Geldmengen ansammeln können und waren nur zu sehr daran interessiert, diese in Deutschland zu investieren.¹⁴ Im Juni 1919 teilte der Niederländische Sparkassenverband mit, dass die niederländischen Sparkassen sich in einem Zustand noch nie dagewesenen Wohlstands befanden; die Profite waren noch nie so groß gewesen. Im Juni 1919 schuldeten die Sparkassen ihren Einlegern 105 Millionen Gulden, etwa 21 Millionen Gulden mehr als ein Jahr zuvor. Im Juli 1920 war dieser Betrag auf 130 Mil-

10 Klemann, *Waarom* (wie Anm. 7), 17, 34. Vgl. auch: Joep Schenk, *Havenbaronnen en Ruhrbonzen. Oorsprong van een wederzijdse afhankelijkheidsrelatie tussen Rotterdam en het Ruhrgebied 1870–1914*. Rotterdam 2015, 54–56.

11 Marten Boon, *Oil Pipelines, Politics and International Business. The Rotterdam Oil Port, Royal Dutch Shell and the German Hinterland, 1945–1975*. Rotterdam 2014, 2. Vgl. auch: Hein A. M. Klemann/Joep Schenk, *Competition in the Rhine Delta. Waterways, Railways and Ports, 1870–1913*, in: *EconHR* 66, 2013, 826–847.

12 NA, Financieel Attaché New York en Washington, 2.08.75, Inventarnr. 3365; *De Nederlandse kapitaalbelangen in Duitsland*, 23. August 1948.

13 Ben Wubs, *A Dutch Multinational's Miracle in Post-War Germany*, in: *Econ. Hist. Yearbook* 2012, 15–41, hier 15.

14 Jeroen Euwe, *Amsterdam als Finanzzentrum für Deutschland 1914–1931*, in: Klemann/Wielenga (Hrsg.), *Deutschland* (wie Anm. 6), 153–172, 156–159; Hein A. M. Klemann, *Ontwikkeling door isolement. De Nederlandse economie 1914–1918*, in: Martin Kraaijestein/Paul Schulten (Eds.), *Wankel evenwicht. Neutraal Nederland en de Eerste Wereldoorlog*. Soesterberg 2007, 271–309, hier 287f., 303; Keetie Sluyterman, *Kerende kansen. Het Nederlandse bedrijfsleven in de twintigste eeuw*. Amsterdam 2003, 107, 116.

lionen Gulden angewachsen.¹⁵ Etablierte Beziehungen zwischen deutschen und niederländischen Firmen dauerten an, und neue Verbindungen wurden geknüpft.¹⁶ Die weitere Intensivierung der Beziehungen zur deutschen Industrie war für die junge niederländische Industrie eine logische Option.¹⁷

Vor allem in den 1920er Jahren gab es einen starken Anstieg niederländischer Investitionen und die Beteiligungen niederländischer Unternehmen an deutschen Industrieunternehmen wurden zahlreicher. Der Stahlkonzern Hoogovens hatte bereits 1920 in erheblichem Maß in die deutsche Stahlindustrie investiert; 1926 betrug sein Anteil an den Vereinigten Stahlwerken 20,4 Millionen Gulden bzw. 4,45 Prozent des gesamten Kapitals des deutschen Stahlriesen.¹⁸ Zwischen 1923 und 1926 führte das starke Wachstum in den Niederlanden automatisch zur Expansion im Ausland, sei es durch Exporte oder Direktinvestitionen. Die Historikerin Keetie Sluyterman schätzt, dass der niederländische Anteil an den weltweiten ADIs von 6 Prozent 1914 auf 10 Prozent 1938 anwuchs.¹⁹ Obgleich die meisten niederländischen ADIs in Niederländisch-Ostindien oder in den Vereinigten Staaten getätigt wurden, ging ein erheblicher Anteil auch nach Deutschland.

Nach dem Ersten Weltkrieg war die Erholung der deutschen Wirtschaft für die niederländische Industrie von zentraler Bedeutung, da zahlreiche Wirtschaftssektoren von den Beziehungen zu Deutschland abhingen. Für viele niederländische Unternehmen waren Investitionen im östlichen Nachbarland daher eine wirtschaftliche Notwendigkeit.²⁰ 1920 stellten die Niederlande der deutschen Industrie einen Kontokorrentkredit in Höhe von 140 Millionen Gulden zur Verfügung, den Trede-

15 Archief Nederlandsche Spaarbankbond, 1906–2000, Zugangsnr. 2.18.29, Inventarnr. 14: Verslag Algemene Ledenvergadering 20 en 21 juni 1919, 20. Juni 1919; Archief Nederlandsche Spaarbankbond, 1906–2000, Zugangsnr. 2.18.29, Inventarnr. 15: Verslag Algemene Ledenvergadering 2 juli 1920. Der Autor dankt Jeroen Euwe, der diese Zahlen freundlicherweise mitgeteilt hat.

16 NA, Financieel Attaché New York en Washington, Zugangsnr. 2.08.75, Inventarnr. 3365: De Nederlandse kapitaalbelangen in Duitsland, 23. August 1948.

17 Ebd.

18 *Bläsing*, Einfluß (wie Anm. 7), 76 f. Vgl. auch NA, Huysmans, Zugangsnr. 2.21.090, Inventarnr. 19: Nota Hirschfeld, Eenige voorlopige opmerkingen over schadeloosstellingen, welke men van Nederlandsche zijde van Duitsland moet eischen, 17. May 1945; *Sluyterman*, Kerende kansen (wie Anm. 14), 153; NA, Econ. Belangen Duitsland, Zugangsnr. 2.06.068, Inventarnr. 152. Vgl. auch: *Johan de Vries*, Hoogovens IJmuiden 1918–1968. Ontstaan en groei van een basisindustrie. IJmuiden 1968, 363.

19 *Sluyterman*, Kerende kansen (wie Anm. 14), 121.

20 NA, Financieel Attaché New York en Washington, Zugangsnr. 2.08.75, Inventarnr. 3365: De Nederlandse kapitaalbelangen in Duitsland, 23. August 1948.

fina-Kredit (Treuhandverwaltung für das deutsch-niederländische Finanzabkommen), um es der deutschen Industrie zu ermöglichen, den Import von Rohstoffen zu finanzieren.²¹ Der niederländische Staat und große Unternehmen waren aber nicht die einzigen, die sich stark in Deutschland engagierten; zahlreiche Privatinvestoren und mittelständische Unternehmen taten dasselbe. Beispielsweise investierte die Rotterdamer *Nederlands Stoombootrederij* in den 1930er Jahren in Höhe von 15 000, 37 500 und 15 000 Gulden in Unternehmen der Firma Rheinverkehr in Koblenz, Mannheim und Köln.²²

In den 1920er Jahren stiegen die niederländischen Investitionen wegen der deutschen Hyperinflation weiter an. Die Inflation ermöglichte es niederländischen Investoren, Immobilien und Unternehmen zu sehr niedrigen Preisen zu erwerben. Zwischen 1917 und dem dritten Quartal 1923 stieg die Kaufkraft des niederländischen Gulden in Deutschland um das Achtzehnfache an.²³ Letzte Antriebe für den niederländischen Investitionsdrang waren die deutsche Finanzkrise von 1931 und die nationalsozialistische Politik nach 1933. Problematisch war, dass seit 1931 Deutschlands nicht konvertierbare Währung wechselseitige Zahlungen schwierig machte, was die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder negativ beeinflusste. So wurden seither keine neuen niederländischen Investitionen getätigt. Jedoch wurden Profite reinvestiert, da der Transfer von Kapital oder Kapitaleinkünften aus Deutschland ins Ausland unmöglich war; niederländische Investitionen im Wert von mehr als einer Milliarde Gulden waren so blockiert.²⁴ Die deutschen Devisenbeschränkungen stimulierten somit den Ausbau niederländischer Betriebe in Deutschland, indem viele niederländische Firmen mit deutschen Tochtergesellschaften dazu gezwungen wurden, produktionsbezogene Firmen zu finanzieren oder ihre Profite im

21 NA, Hirschfeld, Zugangsnr. 2.05.48.03, Inventarnr. 2: Memorandum Tredefina-Kredit Dr. Keuter, Juli 1947. Der Tredefina-Kredit war ein revolvingierender Kredit, der teilweise durch Kohlelieferungen zurückgezahlt wurde. Am Jahresende wurde er ausgeglichen und konnte erneut genutzt werden, so dass die Wirkung größer als der Nominalbetrag von 140 Millionen Gulden war.

22 NA, Tweede Afdeling, Archief van het Commissariaat-Generaal voor de Nederlandse Economische Belangen in Duitsland 1945–1949, Zugangsnr. 2.06.068, Inventarnr. 150.

23 *Hein A. M. Klemann*, German Dutch Monetary Relations, 1871–1939, Vortrag auf The Second Transnational Rhine Conference: The Coal-based Rhine Economy. Development of an Industrial Region from Basel to Rotterdam, 1850–1950, Frankfurt am Main, 25.–27. November 2010, Grafik 7.

24 *Frederik Gerard Moquette*, Van BEP tot BEB. De aanpassing van de bestuurlijke structuren aan de ontwikkeling van de buitenlandse economische betrekkingen in Nederland sinds 1795. Leiden 1993, 263.

Dritten Reich zu reinvestieren²⁵, da Kapitalexporte ins Ausland schlicht verboten waren.²⁶ Das führte zu einem erheblichen Wachstum niederländischer Firmen in Deutschland, wie die Historiker Marten Boon und Ben Wubs festgestellt haben:

„Currency restrictions hampered imports of raw materials and intermediates, capital controls made it impossible to repatriate funds, and prices and resource allocations, as well as the marketing of final products were gradually regulated and controlled by the state.“²⁷

Allerdings fanden einige Firmen Wege, um einen Teil ihrer Profite außer Landes zu bringen. Unilever wurde zum Beispiel gestattet, Schiffe bei deutschen Werften zu bestellen und die Rechnung dafür teilweise mit eingefrorenen Reichsmarkguthaben im Besitz seiner deutschen Tochtergesellschaften und teilweise mit importierten Rohstoffen wie Palmöl oder Waltran zu begleichen. Somit war der Schiffsbau nicht nur eine Möglichkeit, um Profite und Dividenden aus Deutschland zu transferieren, sondern auch dazu, Rohstoffe nach Deutschland einzuführen.²⁸ Royal Dutch Shell tat mehr oder weniger dasselbe. Das Unternehmen arrangierte für seine Tochtergesellschaft Rhenania-Ossag Auslandskredite, indem es sie mit der Bestellung von Kapitalgütern für andere Ölgesellschaften beauftragte. Zwischen 1935 und 1939 ließ Anglo-Saxon Oil sieben große Schiffe in deutschen Werften bauen. Mindestens drei davon wurden als Kompensation für von der Rhenania-Ossag eingeführtes Öl produziert.²⁹

Niederländische Investitionen konnten des Weiteren durch die Gründung von Unternehmen in einem ähnlichen Sektor in Deutschland geschützt werden. Die Erträge dieser Unternehmen konnten aber in den meisten Fällen nicht aus dem Land hinaus transferiert werden. Daher mussten sie entweder in dem Unternehmen selbst oder auf andere Weise, etwa in Grundbesitz oder andere Immobilien investiert wer-

25 *Ben Wubs*, *International Business and National War Interests. Unilever between Reich and Empire*. Abingdon 2008, 36 f., 48; *Klemm*, *Niederland 1938–1948* (wie Anm. 4), 469; *Jozias Wemelsfelder*, *Het herstel van de Duits-Nederlandse economische betrekkingen*. Leiden 1954, 84.

26 *Wubs*, *International Business* (wie Anm. 25), 4.

27 *Marten Boon/Ben Wubs*, *Property, Control and Room for Manoeuvre. Royal Dutch Shell and Nazi Germany, 1933–1945*, in: *Business Hist.* 2016, 1–20, hier 1.

28 *Wubs*, *International Business* (wie Anm. 25), 48 f., 58.

29 *Joost Jonker/Jan Luiten van Zanden*, *Geschiedenis van Koninklijke Shell, deel 1: Van nieuwkomer tot marktleider, 1890–1939*. Amsterdam 2007, 465 f.

den.³⁰ Nach dem Zweiten Weltkrieg schätzte Hans Max Hirschfeld, der während der deutschen Besatzung eine dominante Rolle in der Wirtschaftspolitik spielte, die gesamten niederländischen Vorkriegsinvestitionen in Deutschland auf 1669 Millionen Reichsmark bzw. 669 Millionen Dollar.³¹ 1949 schätzte der Außenminister, Dirk Uipko Stikker, sie auf eine Milliarde Gulden, etwa 1335 Millionen Reichsmark oder rund 500 Millionen US-Dollar.³²

Ein großer Teil der niederländischen Investitionen in Deutschland bestand aus Anteilen an deutschen Unternehmen. Das zeigt, wie eng die Kapitalinteressen mit den allgemeinen wirtschaftlichen Beziehungen verflochten waren. Ein Bericht mit dem Titel „X Report on Stated Capital of Enterprises under Administration“, der im Juli 1945 von der US Group CC and Control Commission for Germany verfasst wurde, stellte fest, dass 816 Unternehmen unter ihrer Kontrolle über ein Kapital von 3 227 820 253 Mark verfügten, von dem 882 Millionen Mark (27,3 Prozent) amerikanisch, 878 Millionen Mark (27,3 Prozent) britisch und 400 Millionen Mark (12,4 Prozent) niederländisch waren.³³ Die anglo-niederländische Ölgesellschaft Royal Dutch Shell hielt einen Anteil von 120 Millionen Gulden an ihrer deutschen Tochter Rhenania-Osagg und einen Anteil von 40 Prozent an den Thyssen'schen Gas- und Wasserwerken. Thyssen selbst hatte einen erheblichen Betrag in den Hafen von Rotterdam und seine Umladeeinrichtungen investiert. Unilever war mit 100 Millionen Gulden an der Margarine Union Ver. Oel und Fettwerke A.G. beteiligt³⁴, während die *Bank voor Handel een Scheepvaart* (die tatsächlich Thyssen gehörte) in Rotterdam ebenfalls einen Anteil von 40 Prozent an den Thyssen'schen Gas- und Wasserwerken hielt.³⁵ Die AKU besaß die Vereinten Glanzstoff-Fabriken A.G. Wuppertal Elber-

30 NA, 3.17.17.04 KvK Rotterdam, Inventarnr. 1282: Bericht Heldring (Directorate-General of Foreign Economic Relations) an Lichtenauer, 31. Mai 1946.

31 NA, Buitenlandse Zaken/Code-Archief 45-54, 1945-1954, Zugangsnr. 2.05.117, Inventarnr. 27277: Nota Hirschfeld Betreffende de geallieerde en de Nederlandse politiek t.a.v. West-Duitsland, 28. April 1949; Duitsland West. Nederlandse verlangens inzake geallieerde politiek in Duitsland; Nota Hirschfeld deel I.

32 NA, Ambassade en Militaire Missie Duitsland, Zugangsnr. 2.05.55, Inventarnr. 511: Nota over de stand van zaken met betrekking tot het Duitse vraagstuk, 19. Juli 1949.

33 Bundesarchiv Koblenz (künftig: BArch), B 129 Verwaltung für innere Restitutionen, B 129/76: Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens-, Organisation und Tätigkeit; Final Report on Target P. 109 on US Group CC and Control Commission for Germany (British element), 13. Juli 1945.

34 NA, Econ. Belangen Duitsland, Zugangsnr. 2.06.068, Inventarnr. 151.

35 Ebd. Inventarnr. 152.

feld und die Kunstseiden A.G. fast vollständig.³⁶ Zur gleichen Zeit hatte die Deutsche Bank während der Besetzung der Niederlande die Mehrheit der Aktien der AKU und 75 Prozent der Norddeutschen Lederwerke AG erworben, die sich vor 1940 in niederländischem Besitz befunden hatten.³⁷ Als abschließendes Beispiel sei die C & A Brenninkmeyer angeführt, ein niederländisches Unternehmen im Besitz einer ursprünglich deutschen Familie, das insgesamt über 26 Millionen Gulden in Deutschland investiert hatte.³⁸ AKU, Royal Dutch Shell, die *Steenkolen Handelsvereniging* (SHV), die Stahlfabrik *Koninklijke Hoogovens* und Philips Electronics hatten alle große Tochtergesellschaften in Deutschland. Vor dem Krieg betrugen die Investitionen von Unilever bereits fast 80 Prozent aller amerikanischen ADIs in „Großdeutschland“.³⁹ Tabelle 1 gibt einen Überblick über die niederländischen Kapitalinvestitionen in Deutschland im Jahr 1938, geordnet nach Investitionstyp. Niederländisches Kapital – Unilever, Shell, das Chemieunternehmen AKU (AkzoNobel), Philips Electronics, Bergbau, Stahl- und Eisenindustrie ausgenommen – steckte vor allem in Unternehmen der chemischen Industrie (31 Unternehmen), der Nahrungsmittelindustrie (30), der Textilindustrie (40), Reedereien (59) und des Handels (186).⁴⁰

Tabelle 1: Niederländische Kapitalinvestitionen in Deutschland 1938 nach Investitionstyp

Kategorie	Reichsmark (Mio.)	US Dollar (Mio.)
A. Anteile an Unternehmen	1130	453
B. Immobiler Güter/Grundbesitz	239	96
C. Aktien außerhalb Kategorie A	300	120
Summe	1669	669

Quelle: NA, Financieel Attaché New York en Washington, Zugangsnr. 2.08.75, Inventarnr. 3365: De Nederlandse kapitaalbelangen in Duitsland, 23. August 1948.

36 Ebd. Inventarnr. 151.

37 *Harold James*, Die Deutsche Bank und die Diktatur 1933–1945, in: Lothar Gall/Gerald D. Feldman/Harold James u. a. (Hrsg.), Die Deutsche Bank 1870–1995. München 1995, 315–408, hier 378.

38 NA, Econ. Belangen Duitsland, Zugangsnr. 2.06.068, Inventarnr. 151.

39 *Ben Wubs*, Niederländische Multinationals in Deutschland. Das Beispiel Unilever 1890–1960, in: Klemann/Wielenga (Hrsg.), Deutschland und die Niederlande (wie Anm. 6), 173–186, hier 174.

40 NA, Financieel Attaché New York en Washington, Zugangsnr. 2.08.75, Inventarnr. 3365: De Nederlandse kapitaalbelangen in Duitsland, 23. August 1948.

Der Gesamtwert der niederländischen Investitionen in den deutschen Kohlebergbau sowie die deutsche Eisen- und Stahlindustrie belief sich auf etwa 230 Millionen Reichsmark, rund 132 Millionen Dollar.⁴¹ Insgesamt wird deutlich, dass Deutschland in der Zwischenkriegszeit in besonderem Maße von niederländischen Kapitalexporten profitierte, gefolgt von Niederländisch-Ostindien und den USA.⁴² Einkünfte aus niederländischen Kapitalexporten kompensierten teilweise die Defizite in der Handelsbilanz mit Deutschland. Vor dem Krieg besaßen Niederländer deutsche Aktien (ohne Unternehmensanteile) im Wert von rund 900 Millionen Reichsmark, etwa 515 Millionen US-Dollar.⁴³ In einem niederländisches Memorandum an das amerikanische Außenministerium von 1949 hieß es:

„These important investments have steadily accumulated in the course of many years and by no means bear the character of speculative capital. They originated from the intense economic intercourse between the Netherlands and Germany, whilst they in turn formed the basis for the development of further economic relations.“⁴⁴

Als das nationalsozialistische Deutschland 1945 bedingungslos kapitulierte, war das genaue Ausmaß des in Deutschland investierten niederländischen Kapitals unklar, aber die Verluste müssen infolge des vollständigen Zusammenbruchs der deutschen Wirtschaft erheblich gewesen sein. Es wurde geschätzt, dass nur noch etwa ein Drittel der in niederländischem Besitz befindlichen Werte existierte.⁴⁵ Dieser Verlust war in vielen Fällen eine direkte Folge der deutschen Finanzpolitik in den besetzten Niederlanden während des Krieges. Die deutschen Besatzer nahmen sich Waren und Dienstleistungen und suchten nach Wegen, diese in den Niederlanden zu finanzieren – eine Politik, die als „Besatzungskosten“ bekannt war. Andere unbezahlte Käufe wurden durch ein bilaterales Clearing abgerechnet, wobei unbezahlte Rechnungen durch Kredite des niederländischen Finanzministeriums beglichen wurden. Nach 1941 wurde die Reichsmark für konvertibel erklärt und die niederlän-

41 Ebd.

42 *Wemelsfelder*, Herstel (wie Anm. 25), 83.

43 NA, Financieel Attaché New York en Washington, Zugangsnr. 2.08.75, Inventarnr. 3365: De Nederlandse kapitaalbelangen in Duitsland, 23. August 1948.

44 BArch, Bestand Z 45 F, OMGUS, FIN/17/18: Memorandum on the Netherlands-German Economic Relations, 11. Oktober 1949.

45 NA, Financieel Attaché New York en Washington, Zugangsnr. 2.08.75, Inventarnr. 3365: De Nederlandse kapitaalbelangen in Duitsland, 23. August 1948.

dische Zentralbank angewiesen, Gulden zu drucken, um alle ihr angebotenen Reichsmarkbanknoten einzutauschen.⁴⁶ Der finanzielle Schaden für die Niederlande entsprach dem Wert der von der Besatzungsmacht entnommenen Waren und in Anspruch genommenen Dienstleistungen. Zwar wurden während der Besetzung fast alle niederländischen Einzelpersonen und Unternehmen für ihre Lieferungen an Deutschland in niederländischen Gulden bezahlt. Die Deutschen entnahmen diese Summen aber entweder aus dem niederländischen Staatshaushalt oder griffen auf die niederländische Zentralbank zurück, die für wertlose deutsche Banknoten mit Gulden zahlen musste. Somit konfiszierten die Besatzungsbehörden formal von niederländischen Individuen oder Firmen nichts, faktisch wurde das Land indessen ausgeplündert. Insgesamt entnahmen die Deutschen 13 359 000 Gulden aus den Niederlanden.⁴⁷ Damit finanzierten sie den Verkauf deutscher Anleihen. Nach dem Krieg hatte Den Haag somit erhebliche finanzielle Ansprüche gegenüber Deutschland, aber es ist bemerkenswert, dass in dieser Hinsicht wenig unternommen wurde, obgleich der Verlust des Kapitals in Deutschland „so schwer wog wie der Verlust eines wirtschaftlich wichtigen Teils unseres Landes“.⁴⁸ Am 7. Mai 1945 bestanden 99 Prozent des niederländischen Auslandsvermögens in deutschen Staatsanleihen, eine direkte Folge der Art und Weise, wie die Besatzungsmacht ihre Konfiskationen finanziert hatte.⁴⁹

III. Die Alliierten und ihre Politik

Eine der ersten Maßnahmen, welche die Alliierten nach dem Krieg ergriffen, zielte darauf, die Kartelle der deutschen Vorkriegsindustrie aufzulösen. Aber das erwies sich als praktisch unmöglich, da die Alliierten sehr unterschiedliche Vorstellungen davon hatten, wie dieser Plan umzusetzen war.⁵⁰ Die Amerikaner und Sowjets wa-

46 Klemann, *Niederland 1938–1948* (wie Anm. 4), 143 f. Vgl. auch: *Hein A. M. Klemann/Sergei Kudryashov, Occupied Economies. An Economic History of Nazi-Occupied Europe, 1939–1945*. London 2012, 93 f., 196, 201–207.

47 Klemann, *Niederland 1938–1948* (wie Anm. 4), 186.

48 Wemelsfelder, *Herstel* (wie Anm. 25), 86.

49 *Cornelia van Renselaar, Partij in de marge. Oorlog, goud en de Nederlandsche Bank*. Amsterdam 2005, 123.

50 *Martina Köchling, Die Demontagepolitik im Spannungsfeld von alliierter Anspruch und deutscher*

ren davon überzeugt, dass Monopolkapital und Großunternehmen hinter Hitler, dem Nationalsozialismus und dem Krieg steckten. Ihre Antwort war die Auflösung der Kartelle durch die Aufteilung deutscher Unternehmen, was auch zur Aufteilung niederländischer Beteiligungen führte.⁵¹ Artikel 12 des Potsdamer Abkommens vom Juli 1945 lautete:

„At the earliest practicable date, the German economy shall be decentralized for the purpose of eliminating present excessive concentration of economic power as exemplified in particular by cartels, syndicates, trusts and other monopolistic arrangements.“⁵²

Dekartellisierung bedeutete nicht Deindustrialisierung im Morgenthau'schen Sinne, sondern die Liquidierung von Konzentrationen ökonomischer Macht. Das sollte durch die Aufteilung großer Unternehmen in eine Anzahl kleinerer, unabhängiger Unternehmen erreicht werden, ohne die Besitzstrukturen grundlegend zu verändern.⁵³ Neben den demokratischen Amerikanern mit ihrer Anti-Trust-Tradition⁵⁴ versuchten die Sowjets ebenfalls die Grundstruktur der deutschen Wirtschaft durch die Auflösung großer Firmen wie der IG Farben oder der Vereinigten Stahlwerke zu transformieren.

Die interalliierte Kommission zur Dezentralisierung der deutschen Wirtschaft, die einen Monat nach der Potsdamer Konferenz eingerichtet wurde, tat sich aber schwer damit, genau zu definieren, „what represents excessive concentration of power and unfair advantage, that is, what generally should be allowed and what should be prohibited“.⁵⁵ Die Alliierten hatten über den Umgang mit der deutschen Industrie sehr unterschiedliche Auffassungen.⁵⁶ So strebte Frankreich in erster Linie nach Sicherheit. Obgleich es zu keiner der großen Konferenzen (einschließlich

Wirklichkeit, in: Jan-Pieter Barbian/Ludger Heid (Hrsg.), *Zwischen Gestern und Morgen. Kriegsende und Wiederaufbau im Ruhrgebiet*. Essen 1995, 172–184, hier 173.

51 *Martijn Lak*, *Wat te doen met de Duitsers? Britse en Amerikaanse plannen voor denazificatie en economisch herstel*, in: *De Academische Boekengids* 77, November 2009, 24–28, hier 24.

52 http://potsdamer-konferenz.de/dokumente/protokoll_en.php (Zugriff 19.10.2017).

53 *Hans-Dieter Kreikamp*, *Die Entflechtung der I.G. Farbenindustrie A.G. und die Gründung der Nachfolgesellschaften*, in: *VfZ* 25, 1977, 220–251, hier 220.

54 *S. Jonathan Wiesen*, *West German Industry & the Challenge of the Nazi Past, 1945–1955*. Chapel Hill/London 2001, 43.

55 Zitiert nach *Konrad Jarausch*, *After Hitler. Recivilizing Germans, 1945–1995*. Oxford 2006, 77.

56 *Wubs*, *International Business* (wie Anm. 25), 172.

der Potsdamer Konferenz⁵⁷) über Deutschlands Zukunft eingeladen wurde, befürwortete Paris eine Politik, die auf die Einhegung und Beschränkung der deutschen Industrie zielte, die in einem dauerhaften Zustand der Schwäche gehalten werden sollte.⁵⁸ Zudem kontrollierte Frankreich das kohlereiche und strategisch gelegene Saarland. Frankreich benötigte dessen Rohstoffe dringend, vor allem für den Wiederaufbau seiner zerstörten Wirtschaft, doch wurde das Saarland nach dem Referendum von 1955 im Jahr 1957 an die Bundesrepublik Deutschland zurückgegeben.⁵⁹ Die Russen zielten auf Verstaatlichung. Sie planten, deutsche Firmen zu zerschlagen und so viele Maschinen und Kapitalgüter wie möglich zu konfiszieren, um einen Ausgleich für die enorme Zerstörung ihrer eigenen Industrie durch die Wehrmacht zwischen 1941 und 1944 zu erlangen.⁶⁰ Die Briten verfolgten in ihrer Besatzungszone eine zweigleisige Politik. Deutschlands militärisches Potential sollte durch die Zerstörung seiner industriellen Basis eliminiert werden, aber Whitehall hoffte auch darauf, bestimmte Maschinen aus Deutschland erhalten zu können, um die wirtschaftliche Erholung im eigenen Land voranzutreiben. Zugleich stellte sich Großbritannien nicht gegen einen friedlichen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Im Gegenteil: Ein wohlhabendes Deutschland schien weniger bedrohlich und bot zugleich einen guten Absatzmarkt für britische Konsumwaren.⁶¹ Auch dafür gab es einen offensichtlichen Grund, denn Großbritannien war faktisch bankrott und auf Lebensmittellieferungen aus den USA angewiesen:

„It had nothing to spare for Germany from its own domestic resources [...] Morgenthau-style de-industrialisation began rapidly to fade in the light of the terrific burden that a helpless Germany represented for a Britain that was itself economically prostrate.“⁶²

57 *Gerhard Kiersch*, Die Französische Deutschlandpolitik 1945–1949, in: Claus Scharf/Hans J. Schröder (Hrsg.), Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten. Wiesbaden 1977, 61–76, hier 61.

58 *Wubs*, *International Business* (wie Anm. 25), 172.

59 Dazu ausführlich: *Bronson Long*, *No Easy Occupation. French Control of the German Saar, 1944–1957*. Rochester/New York 2015, 6, 33, 234.

60 *Josef Becker*, Die Deutsche Frage in der internationalen Politik 1941–1949. Grundzüge und Hauptprobleme ihrer Entwicklung, in: ders./Theo Stammen/Peter Waldmann (Hrsg.), *Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz*. München 1979, 9–59, hier 20.

61 *John Farquharson*, A Game of Cat and Mouse? Dismantling for Reparations in the British Zone of Germany 1947–1950, in: *German History* 15, 1997, 333–357, hier 334.

62 *Frederick Taylor*, *Exorcising Hitler. The Occupation and Denazification of Germany*. New York 2011, 204.

In ihrer Besatzungszone förderten die Briten somit einen konstruktiven Umgang mit der deutschen Industrie.⁶³

Die Amerikaner befürworteten dagegen anfänglich eine harte Politik der Dekonzentration der deutschen Industrie.⁶⁴ Sie machten insbesondere die deutsche Großindustrie für ihre Kooperation mit Hitler verantwortlich, obgleich die Meinungen über die Nachkriegsindustriepolitik in Deutschland weit auseinandergingen.⁶⁵ Der radikalste Plan war derjenige Henry Morgenthau von 1944, der eine Deindustrialisierung der Ruhr und eine Flutung der Kohlebergwerke vorsah.⁶⁶ Die meisten amerikanischen Bankiers und Industriellen hatten jedoch ganz andere Auffassungen: Sie befürworteten Deutschlands industrielle Erholung.⁶⁷ Während des Krieges hatte Harry Hopkins, Präsident Roosevelts wichtigster diplomatischer Berater, sich klar gegen die Zerstörung des Ruhrgebiets ausgesprochen. Da es der Hauptlieferant von Kohle, Eisen und Maschinen für zehn europäische Länder und der Hauptkunde von sieben weiteren sei, sei es der reine Irrsinn, dieses Muster zu unterbrechen: „I cannot see as realistic the suggestion that such an area in the present economic condition of the world can be turned into a non-productive ghost territory.“⁶⁸

In der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten allerdings die Radikalen bei der Entscheidungsfindung der USA die Oberhand, was zur Aufspaltung von Firmen wie der IG Farben führte. Dieser Konzern hatte in der Tat die verbrecherische nationalsozialistische Politik aktiv unterstützt, indem er einen riesigen Fabrikkomplex bei Auschwitz errichtet und das Giftgas Zyklon B hergestellt hatte, das in den Gaskammern von Auschwitz und Treblinka eingesetzt worden war.⁶⁹ Die IG Farben wurde deshalb nach dem Krieg in die Firmen Bayer, Höchst, Agfa und BASF aufgeteilt.⁷⁰

63 Wubs, *International Business* (wie Anm. 25), 172.

64 Luciano Segreto/Ben Wubs, *Resistance of the Defeated. German and Italian Big Business and the American Anti-Trust Policy, 1945–1957*, in: *Enterprise and Society* 15, 2014, 307–336, hier 317.

65 Wiesen, *West German Industry* (wie Anm. 54), 43; vgl. auch: *Carolyn Eisenberg, Drawing the Line. The American Decision to Divide Germany, 1944–1949*. Cambridge 1996, 139.

66 Wubs, *International Business* (wie Anm. 25), 172.

67 Ebd.

68 Zitiert nach *Eisenberg, Drawing the Line* (wie Anm. 65), 40.

69 *Taylor, Exorcising Hitler* (wie Anm. 62), 245. Vgl. auch *Peter Hayes, Industry and Ideology – I.G. Farben in the Nazi Era*. Cambridge 1987, 347–364; *Laurence Rees, Auschwitz. The Nazis and the 'Final Solution'*. London 2005, 62.

70 Vgl. *Raymond G. Stokes, Divide & Prosper. The Heirs of I.G. Farben Under Allied Authority, 1945–1951*. Huddersfield 2009.

Ebenso wurde die hochgradig verflochtene Eisen- und Stahlindustrie in 23 unabhängige Stahlproduzenten und Dutzende Kohlebergwerke aufgeteilt.⁷¹ Auch die Großbanken gerieten ins Visier. Die drei größten Banken wurden in getrennte Unternehmen transformiert, obgleich die meisten, wie die Dresdner Bank, sich später teilweise wieder zusammenschlossen.⁷² Siemens & Halske, Bosch, die Vereinigten Glanzstoffwerke und Degussa standen ebenfalls auf der Liste aufzuspaltender Unternehmen.⁷³ Das alles spiegelte die amerikanische Anti-Trust-Politik wider. Wie der Historiker S. J. Wiesen gezeigt hat, erschien die deutsche Wirtschaft denjenigen Amerikanern, die gegen den industriellen Wiederaufbau Deutschlands Position bezogen, als

„made up of a tangle of cartels, price-fixing agreements, and monopolistic combinations. It was the greatest violation of the free market [...] According to the Americans, only by smashing the large conglomerations of economic power and controlling trusts and monopolies, Germany would become ripe for a more decentralised and peaceful economy, recast according to the U.S. model.“⁷⁴

Diese Anti-Trust-Politik der USA manifestierte sich in der Direktive der Joint Chiefs of Staff 1067 (JCS 1067) vom April 1945. Eines ihrer Ziele war „to prohibit all cartels and other private business arrangements and cartel-like organisations“.⁷⁵ JCS 1067 sah eine rigide Kontrolle des politischen Lebens und eine Überwachung der deutschen Wirtschaft vor. Schritte in Richtung einer wirtschaftlichen Erholung oder gar Stärkung der deutschen Wirtschaft waren untersagt.⁷⁶ Die deutsche Industrie sollte stattdessen abgebaut werden. Die Direktive erachtete „a period of punitive deprivation for the German people as not merely inevitable, but just“.⁷⁷

In der Praxis waren aber viele Amerikaner über die Direktive 1067 verärgert, vor allem jene, die in den militärischen Besatzungsbehörden in Deutschland arbeiteten. Mit der Zustimmung seines Chefs bezeichnete ein Untergebener von Lucius Clay, dem Kommandanten der amerikanischen Besatzungszone, die Direktive als das

71 *Jarusch*, *After Hitler* (wie Anm. 55), 77.

72 *Ralf Ahrens*, *Die Dresdner Bank 1945–1957. Konsequenzen und Kontinuitäten nach dem Ende des NS-Regimes*. München 2007, 453.

73 *James C. van Hook*, *Rebuilding Germany. The Creation of the Social Market Economy, 1945–1957*. Cambridge 2004, 271.

74 *Wiesen*, *West German Industry* (wie Anm. 54), 43.

75 Zitiert nach *Wubs*, *International Business* (wie Anm. 25), 172.

76 *Christoph Kleßmann*, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*. Bonn 1991, 22 f.

77 *Taylor*, *Exorcising Hitler* (wie Anm. 62), 253.

Werk von „economic idiots“.⁷⁸ Die Direktive ließ in der Tat wenig Einsicht in das erkennen, was in Deutschland damals ‚am Boden‘ vor sich ging. Die Amerikaner vor Ort waren davon überzeugt, dass hunderttausende Deutsche verhungern würden, wenn dem Land verboten würde, durch Exporte Einnahmen zu erwirtschaften. Die praktischer orientierten Amtsträger waren der Auffassung, dass die Priorität gegenüber Deutschland darin liegen sollte, seine Fähigkeit, sich selbst zu ernähren und zu finanzieren, rasch wiederherzustellen.⁷⁹ Mit Clay an der Spitze waren sie der Ansicht, dass Washington den Ernst der Lage verkannte und beharrten auf Änderungen an JCS 1067. Da das State Department es nicht für opportun hielt, die wirtschaftliche Behandlung Deutschlands so kurz nach dem Krieg öffentlich zu diskutieren, erhielt Clay praktisch freie Hand. Er durfte sogar synthetische Fasern, Magnesium, Aluminium und Öl herstellen lassen, eine Gelegenheit, die er eifrig nutzte. In der Praxis eröffnete JCS 1067 daher einige Spielräume, und die lokalen Militärbehörden in Deutschland waren in ihrer Interpretation des Textes recht großzügig.⁸⁰ So war die amerikanische Besatzungspolitik vom ersten Tag an konstruktiv, obgleich JCS 1067 offiziell erst im Juli 1947 zurückgezogen wurde. Die 1946 gehaltene Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers James Byrnes war nur die offizielle Bestätigung von Clays Politik.⁸¹ Die chemische Industrie wurde beispielsweise als Motor des wirtschaftlichen Wachstums angesehen, der zu einem besseren Lebensstandard beitrage. Sie könne zudem dazu beitragen, im sich entfaltenden Kalten Krieg den Sieg über die andere Seite davonzutragen.⁸² Zudem widersprachen die Begrenzung des militärischen Potentials und die Einschränkung künftiger wirtschaftlicher Konkurrenz aus Deutschland „the desire to limit costs and length of the occupation“.⁸³

Nichtsdestotrotz wurden zahlreiche deutsche Firmen in Folge der alliierten Politik aufgeteilt. Das betraf oft auch ausländische Investitionen in diese Firmen, vor

78 *Kleßmann*, Doppelte Staatsgründung (wie Anm. 76), 100.

79 *Taylor*, Exorcising Hitler (wie Anm. 62), 118f.

80 *Ralf Ahrens*, Von der „Säuberung“ zum Generalpardon. Die Entnazifizierung der westdeutschen Wirtschaft, in: *JbWG* 2010, 25–45, hier 29.

81 *Martijn Lak*, Na de overwinning. De Amerikanen, Britten en Russen in Duitsland na WO II, in: *De Academische Boekengids* 69, Juli 2008, 3–5, hier 4.

82 *Raymond Stokes*, Opting for Oil. The Political Economy of Technological Change in the West German Chemical Industry, 1945–1961. Cambridge 2006, 67.

83 Ebd. 46f.

allem im Bergbau sowie in der Eisen- und Stahlindustrie.⁸⁴ 1945 waren 55 Prozent des Kohlebergbaus technisch, durch Eigentumsverhältnisse oder wirtschaftlich mit der Eisenindustrie verbunden:

„Technically through the exchange of fuels and energy, economically through the harmonization of investments and of profits and losses, organically through the combination of mines and iron factories into integrated business concerns.“⁸⁵

Die Alliierten strebten danach, diese Konglomerate aufzubrechen, da viele überzeugt davon waren, die Ruhrindustrie trage nicht nur eine Mitschuld am Aufstieg des Nationalsozialismus, sondern sie habe überdies die Grundlage für die deutsche Kriegsproduktion und die sechs Jahre andauernde Kriegführung gebildet.⁸⁶ Im Dezember 1945 wurden 76 hochrangige Führungskräfte der großen Ruhrkonzerne verhaftet, darunter die Direktoren von Thyssen, Hoesch und den Vereinigten Stahlwerken. Der große Teil der Führungsebene von Krupp war schon im September 1945 festgenommen worden.⁸⁷

Die Dekonzentration der Ruhrindustrie, insbesondere des Kohlebergbaus, betraf allerdings nicht nur Deutschland, sondern auch die Nachbarländer. Wegen der politisch wie wirtschaftlich zentralen Position Deutschlands in Europa hatte die alliierte Politik Folgen für ganz Europa, nicht zuletzt für die kleinen und mittelgroßen Volkswirtschaften im Westen und Nordwesten.⁸⁸ Diese waren von Lieferungen deutscher Kohle und Industrieprodukte abhängig. Daher hatte die Dekonzentration von Anfang an eine internationale Dimension; sie und die Dekartellisierung warfen nicht nur Probleme für die deutsche Wirtschaftsstruktur auf, sondern hatten europäische Implikationen.⁸⁹ Solange Deutschland darniederlag, würde Europas öko-

84 *Anjo G. Harryvan/Jan van der Harst*, Max Kohnstamm. Leven en werk van een European. Utrecht 2008, 119.

85 *Albert Diegmann*, American Deconcentration Policy in the Ruhr Coal Industry, in: Jeffrey M. Diefendorf/Axel Frohn/Hermann-Josef Rupieper (Eds.), *American Policy and the Reconstruction of West Germany, 1945–1955*. Cambridge 2004, 197–215, hier 197.

86 Ebd. 198.

87 *Taylor*, *Exorcising Hitler* (wie Anm. 62), 307 f.

88 *Hein A. M. Klemann*, Point Zero. The Economic Problems of Western Europe in 1945, Vortrag auf der ESF-Konferenz Post-War Economic Reconstruction, Utrecht, Niederlande, 3.–4. September 2004, 1–7, hier 1 f.

89 *Diegmann*, *Deconcentration Policy* (wie Anm. 85), 198.

nomische Erholung scheitern. Das Problem war, dass dies den Briten und Amerikanern erst sehr viel später klar wurde.

IV. Die Folgen der alliierten Politik für die Niederlande

In den unmittelbaren Nachkriegsjahren war die allgemeine niederländische Politik gegenüber Deutschland durch eine ausgeprägte Ambivalenz gekennzeichnet. Auf der einen Seite wollten die Niederlande Deutschland für die Taten während der Besatzungszeit bestrafen. Das drückte sich im Streben nach Reparationen, der Rückgabe gestohlener Güter und der Annexion deutscher Gebiete aus. Auf der anderen Seite wollten niederländische Politiker und Geschäftsleute die niederländisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen sobald wie möglich wiederaufnehmen, da diese für die niederländische Wirtschaftserholung nach dem Krieg unverzichtbar waren.⁹⁰ Dieses Ziel veranlasste die verschiedenen niederländischen Kabinette in den Jahren nach dem Krieg dazu, niederländische Interessen in Deutschland zu schützen und niederländische Firmen vor der Zahlung von Sondersteuern zu bewahren. Niederländischer Besitz und niederländische Investitionen sollten davor bewahrt werden, als Feindvermögen betrachtet zu werden.⁹¹ Den Haag konzentrierte seine Aktivitäten dabei auf die Interessen der vier großen niederländischen multinationalen Firmen. Dagegen wurden die Ansprüche auf die illegalen Besatzungskosten, die von Deutschland während des Zweiten Weltkriegs extrahiert worden waren, ebenso heruntergespielt wie individuelle Investitionen. Das hatte eine gewisse Logik, da viele europäische Länder finanzielle Ansprüche gegenüber Deutschland erhoben, so dass die Aussicht der Niederlande, in diesem Bereich substantielle Erfolge zu erzielen, gering war. Zudem waren die niederländischen Investitionen auf viele kleine Unternehmen verteilt, was es schwierig machte, sie zu identifizieren und zu reklamieren. Die niederländische Regierung scheint aber auch stark von der Lobbyarbeit von Philips, Royal Dutch Shell, AKU und Unilever beeinflusst worden zu sein. Deren Einfluss war bereits im Krieg erheblich. Dies zeigt die Tatsache, dass die niederländischen Minister, die nach der deutschen Invasion im Mai 1940 nach London geflohen

90 Siehe ausführlich: *Martijn Lak*, *Tot elkaar veroordeeld. De Nederlands-Duitse economische en politieke betrekkingen 1945–1957*. Hilversum 2015, besonders Kap. 2.

91 *Albert Kersten*, *Luns. Een politieke biografie*. Amsterdam 2010, 70.

waren und dort neue Ministerien aufbauten, auf Mitarbeiter der großen Unternehmen zurückgreifen mussten. Denn die vier globalen niederländischen Unternehmen waren die einzigen niederländischen Organisationen, die außerhalb der von Deutschland besetzten Gebiete über eine große Zahl ausgebildeter Mitarbeiter verfügten. Sie stellten ihre Angestellten der niederländischen Exilregierung zur Disposition. Anders gesagt: Die niederländischen Regierungsbehörden in London wurden mit Mitarbeitern von Unilever und Royal Dutch Shell besetzt.

Schon während des Krieges hatte das Niederländische Wiederaufbaukomitee, das die niederländische Exilregierung in London beriet, empfohlen, die Interessen der großen multinationalen Konzerne zu sichern. Bereits im September 1942 hatte J. B. August Kessler, Vorsitzender der Royal Dutch Shell, geschrieben, es sei eine gute Idee, einem eventuellen Friedensvertrag eine Bestimmung anzufügen, die garantierte, dass die wirtschaftlichen Maßnahmen, welche gegen niederländischen Besitz im Dritten Reich ergriffen worden waren, so schnell wie möglich rückgängig gemacht wurden. Er wollte, dass die niederländischen Firmeneigentümer ihre Unternehmen in Deutschland oder in während des Zweiten Weltkriegs mit dem Dritten Reich verbündeten Staaten wieder unter ihre Kontrolle bekommen würden.⁹² Da die Kapitalerträge in der Tat von 271 Millionen Gulden im Jahr 1948 auf bloße 130 Millionen im Jahr 1950 fallen sollten, war Kesslers Empfehlung nachvollziehbar.⁹³ Hohe Vertreter der großen Vier, besonders von Unilever und Royal Dutch Shell, waren in den oberen Rängen aller beratenden Komitees der niederländischen Regierung im Zweiten Weltkrieg vertreten. Die Berichte des Niederländischen Wiederaufbaukomitees wurden von der Netherland Publishing Co. publiziert, die mit Kapital von Unilever, Shell und Philips gegründet worden war.⁹⁴

Kaum mehr als eine Woche nach der Befreiung schrieb Hirschfeld eine Notiz zu den niederländischen Kapitalinteressen in Deutschland. Nach seiner Auffassung sollten diese geschützt werden, denn er fürchtete, dass niederländische Unternehmen in Deutschland ebenso wie deutsche Unternehmen als Feindbesitz konfisziert werden würden. Hirschfeld schrieb auch, dass die großen Interessen von Unilever –

92 Nederlands Instituut voor oorlogs-, holocaust en genocidestudies (NIOD), Zugangsnr. 233, Inventarnr. 2a: Brief J. B. Aug. Kessler an de secretaries van het Werk-Comité van de Studiegroep voor Reconstructieproblemen, 2. September 1942.

93 CBS, Tweehonderd jaar statistiek in tijdreeksen 1800–1999. Voorburg/Herleen 2001, 52.

94 *Jan Paulussen/Ivo Blanken*, Samenwerking tusschen Nederlandsche industrieën met groote internationale belangen. 70 jaar Contactcommissie (1934–2004). Zaltbommel 2004, 35.

dessen Direktinvestitionen aus der Vorkriegszeit sich auf ungefähr 417 Millionen Reichsmark in „Großdeutschland“, Österreich und dem tschechischen Teil der Tschechoslowakei beliefen⁹⁵ –, Philips, AKU und Royal Dutch Shell sowie ihre Anteile an Unternehmen, die als Tochtergesellschaften betrachtet werden konnten, geschützt werden sollten. Vorkehrungen müssten getroffen werden, um sicherzustellen, dass der niederländische Einfluss auf diese Firmen gewahrt blieb. In Deutschland investierter niederländischer Besitz müsse „in jeder Hinsicht“ abgesichert sein „und einen starken niederländischen Einfluss rechtfertigen“.⁹⁶

Dieselbe Meinung konnte man in den Vorstandsetagen von Unilever, Philips, AKU und Royal Dutch Shell vernehmen. Ihre erste Priorität scheint die Wiederherstellung des Kontakts zu ihren Besitzungen in Deutschland und die Suche nach dem Ertrag des investierten Kapitals gewesen zu sein. Die ABUP, eine Lobby-Gruppe der AKU, *de Bataafsche Petroleum Maatschappij* (Shell), Unilever und Philips, die 1934 gegründet worden war, traf sich zu geheimen Besprechungen. Auf der ersten, die am 31. Oktober 1946 stattfand, waren die wichtigsten besprochenen Angelegenheiten die Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland, die amerikanischen Dekartellierungspläne für Deutschland und die Verstaatlichungen in verschiedenen Ländern. Im September 1947 beschloss die ABUP die Einrichtung eines Unterausschusses, der sich ausschließlich auf niederländische industrielle Interessen in Deutschland konzentrieren sollte.⁹⁷ Die Mitglieder der ABUP hatten in ganz Deutschland, vor allem in der Ruhr-Region, Investitionen getätigt. Diese betrafen allerdings nicht die klassischen Ruhrindustrien wie Bergbau, Chemie und Waffenherstellung. Unilever hatte vor allem in die Öl- und Fettindustrie sowie in die Lebensmittelverarbeitung investiert, Philips in Elektronik, Royal Dutch Shell in Öl, Benzin und Tankstellen, AKU in Kunstseide.

Nach dem Krieg war es unmöglich, diese Engagements in irgendeinem Teil Deutschlands zu betreuen. Noch im Oktober 1945 stand die Genehmigung dazu aus. Nur mit dieser Genehmigung war aber die Übernahme der Kontrolle über Fabriken

95 Ben Wubs, *Unilever between Reich and Empire, 1939–1945. International Business and National War Interests*. Rotterdam 2006, 50.

96 NA, Huysmans, Zugangsnr. 2.21.090, Inventarnr. 19; Nota Hirschfeld, *Eenige voorlopige opmerkingen over schadeloosstellingen, welke men van Nederlandsche zijde van Duitsland moet eischen*, 17. Mai 1945.

97 Wubs, *International Business* (wie Anm. 25), 169.

möglich. In den ersten drei Jahren nach dem Krieg waren indessen deutsche Ankäufe von Waren und Dienstleistungen sowie Verkäufe ins Ausland das Vorrecht der Besatzungsmächte, das heißt britischer und amerikanischer Offiziere.⁹⁸ Der Historiker Francis Graham-Dixon hat festgestellt, die alliierte Politik habe Deutschlands Möglichkeiten eingeschränkt „to play an early and significant role in its own economic recovery“.⁹⁹ Dadurch behinderte sie gleichzeitig die wirtschaftliche Erholung von Deutschlands Nachbarn, vor allem der Niederlande, erheblich. Bereits während des Zweiten Weltkriegs hatten einige der wichtigsten illegalen Zeitungen in den Niederlanden festgestellt, dass „die Niederlande kein Interesse an einem von Armut geplagten, ausgehungerten Deutschland haben. Im Gegenteil, unsere Häfen, unser Transithandel, unser Gemüseanbau – sie können nur gedeihen, wenn es im Osten ein Deutschland mit hinreichender Kaufkraft gibt“.¹⁰⁰ Nach einem kurzen Memorandum der Nederlands Bank (DNB) vom Ende des Jahres 1946 war „Deutschland das natürliche Hinterland der Niederlande. Es kauft die Produkte unserer Viehzucht, unseres Getreideanbaus, unserer Gemüsebeete und Fischereien und importiert und exportiert durch unsere Häfen. Aus diesem Grund sind die Niederlande jetzt an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau ebenso interessiert wie nach dem letzten Weltkrieg.“¹⁰¹

Der Generalkommissar für Niederländische Wirtschaftsinteressen in Deutschland hatte genügend Experten und Mitarbeiter für diesen Zweck zur Verfügung. Sie hatten für einige Zeit in Deutschland gearbeitet und besaßen gründliche Kenntnisse des Landes und der Firmen, so dass sie in Deutschland und gegenüber den deutschen Behörden präzise Ansprüche bezüglich der während und nach dem Krieg vorgefallenen Beschädigungen und konfiszierten Güter geltend machen konnten.¹⁰² In den Worten niederländischer Diplomaten „haben niederländische Unternehmen in Deutschland unfaire und starke Widerstände durch die nationalsozialistischen Be-

98 Werner Abelshausen, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*. Bonn 2004, 86.

99 Francis Graham-Dixon, *The Allied Occupation of Germany. The Refugee Crisis, Denazification and the Path to Reconstruction*. London/New York 2013, 100.

100 Trouw, April 1943; Het Parool, 'Annexatie', 15. Oktober 1945.

101 Archief The Netherlands Bank, 7/263/1: Memorandum concerning the revolving-credit granted to Germany in 1920 by the Netherlands government, 15. September 1946.

102 NA, Ambassade en Militaire Missie Duitsland, Zugangsnr. 2.05.55, Inventarnr. 508: Posthumus Meyes, Commissaris-Generaal voor de Netherlands Economic Reparation, Report No. 2, Immediate Return of Netherlands Properties from Germany and Urgent Economic Necessity, 31. Oktober 1945.

hörden erfahren, da sie alliierter Besitz waren“. Dies sei „der Moment, die Lage zu bewerten, und alliierte Besitzungen in Deutschland sollten ausgedehnt oder zumindest auf den Stand der vor-Nazi-Tage zurückgeführt werden“. ¹⁰³

Als deutlich wurde, dass die Alliierten vorhatten, das, was sie für die Folgen des Krieges hielten, unter allen Bürgern der alliierten Mächte zu verteilen, reagierte der niederländische Finanzminister Piet Lieftinck, um es milde auszudrücken, irritiert. An seinen Kollegen im Außenministerium Carel Godfried Willem Hendrik van Boetzelaer schrieb er, dass die Niederlande mit ihren großen Investitionen in Deutschland von dieser Politik hart getroffen werden würden. In einem als dringend gekennzeichneten Brief führte Lieftinck aus, dass er die britische und amerikanische Regierung mit diesem Punkt konfrontieren und sich bemühen werde, eine Ausnahme für alliierten Besitz in Deutschland, vor allem solchen, der vor dem Zweiten Weltkrieg und vor dem Nationalsozialismus existierte, zu erwirken. ¹⁰⁴ Zunächst wollten die Alliierten davon jedoch nichts wissen.

Nach der Niederlage des Dritten Reichs erlangten die Besatzungsbehörden die umfassende Kontrolle über die deutsche Wirtschaft. ¹⁰⁵ Die Alliierte Hohe Kommission übernahm damit auch die Kontrolle über alle finanziellen Angelegenheiten einschließlich der Auslandsinvestitionen. ¹⁰⁶ Folglich wurden alle niederländischen Besitzungen unter den Gesetzen 52 und 53 der Militärregierung blockiert und der Verfügungsgewalt der Militärbehörden unterstellt. Artikel I des Gesetzes 52 ordnete an, dass aller Besitz innerhalb des besetzten Gebietes, der direkt oder indirekt, ganz oder teilweise von deutschen Institutionen oder Behörden, Staatsbürgern Deutschlands oder Einwohnern von Ländern, die sich seit September 1939 an der Seite Deutschlands im Krieg befunden hatten, sowie von Behörden, Einwohnern oder Staatsbürgern von Territorien, die seit September 1939 von Deutschland oder seinen

103 Ebd.

104 NA, archief Directie Buitenlands Betalingsverkeer (Algemeen Beheer der Generale Thesaurie), 1941–1954, Zugangsnr. 2.08.50, Inventarnr. 37: Brief minister van Financiën Lieftinck an minister van Buitenlandse Zaken Van Boetzelaer, 10. März 1947.

105 *Friso Wielenga*, West-Duitsland: partner uit noodzaak. Nederland en de Bondsrepubliek 1949–1955. Utrecht 1989, 260.

106 *Werner Ehrlicher*, Deutsche Finanzpolitik seit 1945, in: VSWG 81, 1994, 1–32, hier 2. Es wurde geschätzt, dass sich fast 80 Prozent der niederländischen Investitionen in den westlichen Besatzungszonen befanden, NA, Financieel Attaché New York en Washington, Zugangsnr. 2.08.75, Inventarnr. 3365: De Nederlandse kapitaalbelangen in Duitsland, 23. August 1948.

Verbündeten besetzt worden waren, von der Militärregierung konfisziert, verwaltet oder auf anderem Wege kontrolliert werden konnten.¹⁰⁷

Das Gesetz Nummer 52 wurde in den westlichen Besatzungszonen sofort nach der Übernahme der Besatzungsgewalt durch die Alliierten angewandt. Sein Ziel war es, den gesamten Besitz des ehemaligen Reichs, der NSDAP und ihrer Mitglieder, illegaler Vereinigungen sowie ehemaliger Offiziere und Mitglieder der SS zu übernehmen. In der Praxis bedeutete das, dass Eigentum von Feinden *und* Alliierten kontrolliert wurde. Die Absicht war, die Eigentumsverhältnisse für die Ersteren aufzulösen und die Ansprüche von Letzteren abzusichern.¹⁰⁸ Obgleich das Gesetz darauf abzielte, die Interessen befreundeter Staaten zu schützen, erwies sich die alliierte Politik für die Niederlande rasch als nachteilig. Das Gesetz war so formuliert, dass es alle Kapitalbewegungen strikt begrenzte. Bankkonten wurden gesperrt, und Investitionen zur Vergrößerung von Unternehmen waren verboten. Das Gleiche galt für Investitionen außerhalb des Unternehmens oder für ausländische Investitionen. Lediglich Transaktionen, die für Alltagsgeschäfte notwendig waren, blieben erlaubt.¹⁰⁹ Das allgemeine Verbot für Angehörige alliierter Staaten, sich ihres Eigentums in Deutschland zu entledigen oder es zu nutzen, war tatsächlich eine Form der Diskriminierung. Deutsche Staatsbürger genossen in dieser Beziehung alle Freiheiten, während niederländische Staatsbürger Kapitalgüter ohne Genehmigung weder kaufen noch verkaufen durften, selbst wenn das Geld über deutsche Konten transferiert wurde.¹¹⁰ Da alle Bartransaktionen blockiert waren, konnten Guthaben auch nicht reinvestiert werden. Die niederländische Regierung hoffte, „that the existing discrimination between Netherlands' and German assets will be removed“.¹¹¹

Die alliierte Politik bezüglich der Auslandsinvestitionen hatte auch Folgen für die Hilfe im Rahmen des Marshall-Plans und die deutsche Währungsreform von 1948. Für Den Haag war das paradox:

107 *Wemelsfelder*, *Herstel* (wie Anm. 25), 90.

108 *Ebd.* 91.

109 *Wielenga*, *West-Duitsland* (wie Anm. 105), 260.

110 NA, Financieel Attaché New York en Washington, Zugangsnr. 2.08.75, Inventarnr. 3365: De Nederlandse kapitaalbelangen in Duitsland, 23. August 1948.

111 BArch, Bestand Z 45 F, OMGUS, FIN/17/18: Memorandum on the Netherlands-German Economic Relations, 11. Oktober 1949; NA, Zugangsnr. 2.08.50, Inventarnr. 36: Bericht Directeur van het Buitenlands Betalingsverkeer van het Ministerie van Financiën, 27. Mai 1949.

„The Netherlands Government did not know of any reasons which might justify the continuation of this discrimination, which has already done such great damage to the Netherlands interests, in particular in connection with the monetary reform.“¹¹²

Der Besitz von Verbündeten wurde in der Tat von der Währungsreform stärker betroffen als deutsches Eigentum. Einige Deutsche hatten ihr Geld reinvestieren können, wenngleich angemerkt werden muss, dass das finanzielle Chaos im ehemaligen Reich vor der Währungsreform von 1948 so ausgeprägt war, dass viele Deutsche auf den Tauschhandel zurückgreifen mussten.¹¹³ Legale Investitionsmöglichkeiten bestanden praktisch nicht. Wenn deutsche Händler und Unternehmer ihre liquiden Mittel in Waren tauschten, geschah das jenseits der Legalität.¹¹⁴

In Den Haag löste die alliierte Politik große Irritationen aus. Hirschfeld schrieb beispielsweise, dass die niederländische Regierung überaus enttäuscht darüber war, dass niederländische Investoren immer noch keinen freien Zugang zu ihrem Eigentum hatten. Er wies auf die niederländischen Investitionen in den deutschen Bergbau sowie die deutsche Eisen- und Stahlindustrie hin, die in der Tat umfangreich waren. Beispielsweise besaß die *N. V. Import en Export Maatschappij Oranje Nassau* 42,3 Prozent der Aktien der Zeche Friedrich-Heinrich in Lintford. Hirschfeld stellte fest, dass sich dieses Eigentum trotz verschiedener Versuche im Jahr 1948, die Kontrolle zu erlangen, immer noch nicht in niederländischen Händen befand, obgleich „die Alliierten annehmen konnten, dass sie von einer niederländisch geführten Gesellschaft mehr Kooperation erwarten konnten als von einer deutschen“.¹¹⁵ Überdies war Den Haag enttäuscht darüber, dass niederländische Unternehmen in Deutschland oder Unternehmen mit einer niederländischen Aktionärsmehrheit ihre Reichsmark nicht ebenso frei verwenden konnten wie deutsche Unternehmen. Im Ergebnis würden „niederländische Interessen hinter deutsche Interessen zurückgestellt“.¹¹⁶ Für niederländische Politiker und Unternehmensführer war es klar, dass

112 BArch, Bestand Z 45 F, OMGUS, FIN/17/18: Memorandum on the Netherlands-German Economic Relations, 11. Oktober 1949.

113 Wolfgang Benz, *Infrastruktur und Gesellschaft*, in: *Deutschland 1945–1949*. (Informationen zur politischen Bildung, 259.) 2. Aufl. Bonn 2005, 16–25, hier 20.

114 *Wemelsfelder*, *Herstel* (wie Anm. 25), 94.

115 NA, Huysmans, Zugangsnr. 2.21.090, Inventarnr. 207: Note Hirschfeld an Außenminister Van Boetzelaer, Nota van de Amerikaanse en Engelse Ambassade met betrekking tot uitvoer van voedingsmiddelen, in het bijzonder vis, naar Duitsland, 17. Juni 1947.

116 Ebd.

normale wirtschaftliche Kontakte ohne eine Regelung der Finanzfragen unmöglich sein würden.

Trotzdem erkannte Den Haag, dass es von der Marshall-Hilfe und einer deutschen Währungsreform profitieren würde. Angesichts der traditionell engen Verbindungen mit Deutschland war diese Reform, wie Lief tinck an van Boetzelaer schrieb, von großer Bedeutung für die Niederlande, „da sie als absolute Bedingung für die notwendige Erholung Deutschlands gesehen werden muss“¹¹⁷, vor allem, da die Währungsreform mit Reformen zusammenfiel, die auf eine stärker am Markt ausgerichtete Wirtschaft abzielten.¹¹⁸ Die Währungsreform konnte daher positive Auswirkungen auf die niederländisch-deutschen Finanzbeziehungen haben. In einem Brief vom 5. August 1948 bat der Finanzminister van Boetzelaer dringend darum, etwas dagegen zu unternehmen, dass niederländische Eigentümer hohe Bankguthaben in Deutschland unterhalten mussten, da ausländisches Eigentum nicht transferiert oder reinvestiert werden konnte. Seiner Meinung nach war ein künftiger Lastenausgleich unfair, durch den die Kriegsschäden anteilig auf die deutschen Unternehmen abgewälzt wurden, da die Schäden durch einen vom Dritten Reich geführten Krieg entstanden waren.¹¹⁹

Im Oktober 1948, zwei Monate nach Lief tincks Bitte an van Boetzelaer, fanden in Paris Gespräche statt, die darauf zielten, dass die verschiedenen Regierungen allgemeine Empfehlungen zur Frage des nichtdeutschen Kapitalbesitzes erarbeiteten.¹²⁰ Das war tatsächlich die erste Gelegenheit, bei der die niederländische Regierung ihre Ansprüche öffentlich vertreten konnte. Bis dahin war fast nichts erreicht worden. Leider zeigten sich die Alliierten auch hier wieder gleichgültig gegenüber den niederländischen Interessen.¹²¹ Einige niederländische Unternehmer warfen Den Haag sogar vor, „enttäuschend wenig zum Schutz unseres deutschen Kapitalbesitzes [getan zu haben]; die Kontrolle unseres Eigentums war von Anfang an unzureichend“.¹²² Da

117 NA, Dir. Buit. Betalings Verkeer (Alg. Beheer), Zugangsnr. 2.08.50, Inventarnr. 37: Brief minister van Financiën Lief tinck an minister van Buitenlandse Zaken Van Boetzelaer, 10. März 1947.

118 Jürgen Stark, Von der Hyperinflation in Deutschland zur einheitlichen europäischen Währung. Bedingungen und Elemente einer stabilitätsorientierten Währungsverfassung, in: Beiträge zur hessischen Wirtschaftsgeschichte 4: 60 Jahre Währungsreform. Fünf Beiträge. Darmstadt 2008, 51–67, hier 57.

119 NA, Dir. Buit. Betalings Verkeer (Alg. Beheer), Zugangsnr. 2.08.50, Inventarnr. 37: Brief Lief tinck an Van Boetzelaer, Duitse geldsanering, 5. August 1948.

120 Wemelsfelder, Herstel (wie Anm. 25), 99.

121 Bloemers, De financiële verhouding (wie Anm. 5), 10.

122 Ebd.

niederländischen Eigentümern die Einreise nach Deutschland verweigert wurde, waren sie auf die Verteidigung ihres Eigentums durch Den Haag angewiesen. Niederländische Unternehmer und Eigentümer wurden selten nach Deutschland eingelassen, um ihre Interessen zu wahren. Geschäftskorrespondenz war ebenfalls eingeschränkt.¹²³ Die einzige Möglichkeit, damals nach Deutschland zu gelangen, bot die niederländische Armee, das heißt indem man zum Offizier ernannt wurde.

Auf Konferenzen in London Ende 1947 und Anfang 1948 versuchten die Niederlande, ihre Kapitalinteressen mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten zu besprechen, aber das stieß vor allem auf Seiten der Amerikaner auf Widerstand. Am 8. Juni 1948 diskutierten der niederländische Generalmajor Willem Huender und der ehemalige Wirtschaftsminister Maximilian Paul Leon Steenberghe das Thema mit dem Gouverneur der britischen Besatzungszone Cecil Weir und mit Robert D. Murphy, dem Mitglied des Office of Military Government for Germany (U.S.) (OMGUS). Huender und Steenberghe forderten eine Ausnahme für die Interessen von Verbündeten im Fall einer Währungsreform und einer Vermögensabgabe. Die amerikanischen und britischen Delegierten waren davon wenig beeindruckt. Sie stellten fest, dass auch Firmen von Verbündeten freiwillig in Deutschland eingerichtet worden seien und dass sie am Aufschwung und Niedergang der deutschen Wirtschaft gleichermaßen teilhaben müssten. Huender wies darauf hin, dass es seit den 1930er Jahren unmöglich gewesen sei, Reichsmark in die Niederlande zu exportieren, so dass man kaum von einer freiwilligen Ansiedlung sprechen könne.¹²⁴ Dieses Argument stieß ebenso auf taube Ohren wie zwei Tage danach Gesuche an Militärgouverneur Clay. Huender hielt fest, dieser schließe sich der offiziellen Position der US-Regierung an: es könne ausländischen Interessen kein Vorzug gegenüber deutschen gewährt werden.¹²⁵ Auf der Pariser Konferenz musste sich die niederländische Delegation mit der Aussage begnügen:

123 NA, Hirschfeld, Zugangsnr. 2.05.48.03, Inventarnr. 1.

124 NA, Financieel Attaché te New York en Washington, Zugangsnr. 2.08.75, Inventarnr. 3365: Gedeelten inzake munthervorming genomen uit de besprekingen die o.m. over dit onderwerp zijn gehouden door: generaal-majoor W. Huender en M.P.L. Steenberghe met C.E. Steel, President van de Governmental Sub-Commission, General Brian H. Robertson, Brits Militair Gouverneur en Commander-in-Chief, Cecil Weir, President van de Economic Sub-Commission (E.C.O.S.C.) en R.D. Murphy, Ambassadeur der Verenigde Staten en Politiek adviseur voor Duitsland, 9. Juni 1948.

125 Ebd: Gedeelten inzake munthervorming genomen uit de besprekingen die o.m. over dit onderwerp zijn gehouden door: Generaal-Majoor W. Huender en M.P.L. Steenberghe met Generaal L.D. Clay, Commander-in-Chief en Military Governor (U.S.) en P. Hawkins, Property Control Omgus, 10. Juni 1948.

„The Conference recommends [...] the principle of non-discrimination against foreign interests in Germany be reaffirmed and that each Government should promptly study the problem of safeguarding foreign interests in order that there may be subsequently established as closely as possible to September 1st, 1948, an intergovernmental group to review the question and make recommendations to their Governments.“¹²⁶

Auf der Basis dieser Empfehlung begannen die Verhandlungen zwischen den Regierungsdelegationen am 25. Oktober 1948 in Paris, deren Empfehlung den Regierungen vorgelegt werden sollte.¹²⁷ Niederländische Geschäftsleute drängten ihre Regierung, sie solle um ihr Recht kämpfen, wieder zu legalen Eigentümern ihres Besitzes zu werden.¹²⁸ Die niederländische Delegation in Paris bestand aus Max Kohnstamm, Cornelis Heyning vom Generalkommissariat für niederländische Wirtschaftsinteressen in Deutschland und Vertretern niederländischer Unternehmen. Sie konsultierten häufig Steenberghe, damals Generalsekretär der ABUP und Präsident der Kommission für niederländische Industrieinteressen in Deutschland, sowie F. E. C. Everts, den Vizepräsidenten dieser Einrichtung. Tatsächlich war Kohnstamm der diplomatische Arm der Delegation, während Steenberghe an der Spitze der Unternehmerdelegation stand. Die Pariser Gespräche über Kapitalinteressen und den Wert von Aktien wurden dadurch kompliziert, dass zahlreiche deutsche Unternehmen aufgeteilt worden waren, was in vielen Fällen zu einer Zersplitterung der Auslandsinvestitionen geführt hatte.¹²⁹

Insgesamt wurden in Paris 29 Empfehlungen erarbeitet. Diese zielten darauf ab, jene zu entschädigen, die finanziell unter den Nationalsozialisten gelitten hatten. Ferner sollte ausländischen Investoren der Zugriff auf ihr Eigentum in Deutschland wieder gewährt und der Transfer von Kapitaleinkünften ermöglicht werden.¹³⁰ Mit Blick auf die geplante deutsche Währungsreform war bereits vorher beschlossen worden, dass Gläubiger aus verbündeten Staaten entweder eine Zahlung ihrer Ansprüche zum Kurs von 1:10 akzeptieren oder ihre Ansprüche in der Hoffnung auf ein

126 NA, Dir. Buit. Betalings Verkeer (Alg. Beheer), Zugangsnr. 2.08.50, Inventarnr. 36: M. Kohnstamm, Verslag van de conferentie gehouden over de geallieerde kapitaalbelangen in West-Duitsland, gehouden te Parijs, 25. Oktober – 10 November 1948.

127 *Wemelsfelder*, Herstel (wie Anm. 25), 99.

128 *Harry van der Harst*, Max Kohnstamm (wie Anm. 84), 118.

129 Vgl. z. B. ebd. 118f.

130 *Wielenga*, West-Duitsland (wie Anm. 105), 261.

besseres Ergebnis zurückstellen mussten. Im zweiten Fall waren sie jedoch auf die Zeit nach einem endgültigen Friedensvertrag verwiesen. Niederländische Kabinette widersetzten sich dieser Regelung mehrfach¹³¹ und schienen damit immerhin insofern erfolgreich, als man den Gläubigern nun empfahl, Zahlungen zum Kurs von 1:10 zu akzeptieren und „nicht [Hervorhebung im Original, M. L.] daran zu denken, Ansprüche auf weitere künftige Zahlungen aufzugeben“.¹³²

Die amerikanische Delegation war der Auffassung, dass Entschädigungen für Schäden erst nach einem Friedensvertrag mit Deutschland beansprucht werden konnten. Kohnstamm wies darauf hin, dass man sich von der Forderung nach Entschädigung wenig versprechen könne, da nicht alle Ansprüche bedient werden würden.¹³³ Kohnstamm war der Meinung, man habe auf der Pariser Konferenz bedeutende Erfolge erzielt. Dem Arbeitskreis der Verbündeten zufolge sollten die Investitionen der Verbündeten im Bergbau sowie in Stahl- und Eisenwerken nicht der alliierten Politik zum Opfer fallen. Das war aus der Sicht der Niederlande mit ihren bedeutenden Investitionen, vor allem im Ruhrgebiet, eine wichtige Empfehlung. Dazu sprach die Gruppe Empfehlungen für den innerdeutschen Lastenausgleich aus, der sich damals in Vorbereitung befand. Obgleich es Ende 1948 keineswegs klar war, was der Inhalt eines entsprechenden Gesetzes sein würde, stand der allgemeine Rahmen fest. Der Zweck des Lastenausgleichs war es, durch eine Vermögensbesteuerung Mittel zu erlangen, um die Bedürfnisse, die sich infolge des Krieges und der Währungsreform ergeben hatten, befriedigen zu können¹³⁴ und einen Ausgleich der Belastungen unter der deutschen Besatzung herbeizuführen.¹³⁵ Auf diesem Weg würden Individuen und Firmen, die vom Krieg schwer getroffen worden waren, dringend benötigte Unterstützung erhalten. Von Anfang an insistierten die Niederlande – und mit ihnen niederländische Unternehmen und die niederländische Delegation in Paris – heftig darauf, dass niederländische Interessen von einer entsprechenden Besteuerung ausgenommen werden sollten, da der Krieg eine deutsche An-

131 NA, Dir. Buit. Betalings Verkeer (Alg. Beheer), Zugangsnr. 2.08.50, Inventarnr. 36: Note Lief tinck, Nota inzake Nederlandse kapitaalbelangen in Duitsland, 22. November 1948.

132 Ebd.: M. Kohnstamm, Verslag van de conferentie gehouden over de geallieerde kapitaalbelangen in West-Duitsland, gehouden te Parijs, 25. Oktober – 10 November 1948.

133 Ebd.

134 Ebd.

135 *Christian Ludwig Glossner*, *The Making of the German Post-War Economy. Political Communication and Public Reception of the Social Market Economy after World War II*. London/New York 2010, 139.

gelegenheit gewesen sei. Niederländisches Kapital sollte nicht zu den Lasten eines von Deutschland ausgegangenen Krieges beitragen müssen.¹³⁶ Nach Ansicht von Den Haag und der ABUP sollten diese für den Lastenausgleich zu erhebenden Steuern ausschließlich von deutschen Unternehmen entrichtet werden.¹³⁷

Nach einer harten Auseinandersetzung notierte Kohnstamm, dass die amerikanische Delegation mit starker britischer Unterstützung im Hinblick auf Personen aus verbündeten Staaten, Körperschaften, die dem Recht der Verbündeten unterlagen und deutsche juristische Personen, die sich ausschließlich in den Händen von Verbündeten befanden, überzeugt worden sei. Im Falle der Annahme dieser Empfehlung würden niederländische Tochterfirmen in Deutschland ebenso wie deutsche Firmen, die ausschließlich Niederländern gehörten, von der Steuer ausgenommen bleiben. Kohnstamm zufolge war das eines der wichtigsten Ergebnisse des Pariser Treffens.¹³⁸

Eine weitere Empfehlung, die für die Niederlande von Bedeutung war, bestand darin, dass der Arbeitskreis der Verbündeten feststellte, die Besatzungsbehörden sollten ihre Dekonzentrations- und Reorganisationspläne für die Ruhr nicht umsetzen, ohne verbündete Nutznießer und ihre Regierungen umfassend zu konsultieren. In einem Brief an Stikker und den Rat für Wirtschaftsfragen (*Raad voor Economische Aangelegenheden*; REA) schrieb Hirschfeld, dass er sich dem Inhalt von Kohnstamms Bericht vollständig anschloss, und er empfahl der niederländischen Regierung, die Pariser Empfehlungen zu akzeptieren. Hirschfeld stellte fest, dass die erreichten Resultate noch vor einem halben Jahr für unmöglich gehalten worden waren, da die Amerikaner und Briten den niederländischen Anliegen kaum Beachtung geschenkt hatten. Nach Hirschfelds Auffassung hatte das niederländische Arbeitskomitee seine wichtigen Aufgaben erfolgreich erfüllt. Außerdem teilte ihm sein persönlicher Freund Steenberghe privat mit, dass auch die Vertreter der niederländischen Unternehmen mit den Empfehlungen zufrieden waren.¹³⁹ Hirschfeld und Steenberghe waren gute Freunde, die sich mit dem Vornamen ansprachen, was damals sehr ungewöhnlich

136 NA, Financieel Attaché New York en Washington, Zugangsnr. 2.08.75, Inventarnr. 3365: De Nederlandse kapitaalbelangen in Duitsland, 23. August 1948.

137 *Harry van der Harst*, Max Kohnstamm (wie Anm. 84), 119.

138 NA, Dir. Buit. Betalings Verkeer (Alg. Beheer), Zugangsnr. 2.08.50, Inventarnr. 36: M. Kohnstamm, Verslag van de conferentie gehouden over de geallieerde kapitaalbelangen in West-Duitsland, gehouden te Parijs, 25. Oktober – 10 November 1948.

139 NA, archieven van de ministeries voor Algemeene Oorlogvoering van het Koninkrijk (AOK) en van

war. Steenberghe sprach 1961 auf Hirschfelds Beerdigung, was bemerkenswert war, da Steenberghe ein konservativer Katholik war, der an nichtkatholischen Gottesdiensten eigentlich nicht teilnehmen sollte.¹⁴⁰ Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Männern sorgten für einen engen Kontakt zwischen den Regierungskreisen in Den Haag und niederländischen Unternehmen. Darin liegt vermutlich eine Erklärung dafür, dass die niederländische Regierung ganz auf die Wiederherstellung der Interessen der vier großen multinationalen Unternehmen setzte.

Die relevante Frage war, ob Investitionen der Alliierten in Firmen, die dekartellisiert werden sollten, ebenso behandelt werden sollten wie deutsche Unternehmen, oder ob sie eine bevorzugte Behandlung genießen würden.¹⁴¹ Mit Rücksicht auf die niederländischen Interessen bevorzugte Den Haag die zweite Option. Eine Dekartellisierung musste aus der dortigen Sicht unweigerlich zur Verdrängung niederländischer Interessen führen, was aus nationaler und ökonomischer Sicht eine heftige Diskriminierung darstellen würde:

„Es ist völlig inakzeptabel, dass niederländische Besitztümer weggenommen werden sollen, um die deutsche Industrie zu reorganisieren, obwohl die deutsche Aggression zuvor zu solchen enormen Verlusten geführt hat.“¹⁴²

In einem Memorandum an das amerikanische Außenministerium vom Oktober 1949 verteidigten die Niederländer den Plan, dass sie – obgleich sie anerkannten, dass einige Modifikationen der niederländischen Interessen im Zuge der Neuorganisation der Ruhrindustrie notwendig sein würden – im Gegenzug gleichwertige Anteile an Kohlebergwerken oder Eisen- und Stahlwerken an der Ruhr erhalten sollten und dass „a reduction of the Netherlands' overall-share in the Ruhr industry as a result of the reorganisation should be avoided“.¹⁴³

Obgleich die Niederlande die Prinzipien der geplanten Dekonzentration großer Unternehmen anerkannten, war es offensichtlich, dass Nachteile für die niederlän-

Algemene Zaken (AZ), Kabinet van de Minister-President (KMP) (1924) 1942–1979 (1989), Zugangsnr. 2.03.01, Inventarnr. 3085; Brief Hirschfeld an Außenminister Stikker und REA, 16. November 1948.

140 *Meindert Fennema/John van Rhijnsburger*, Dr. Hans Max Hirschfeld. Man van het grote geld. Amsterdam 2007, 285, 312, 327.

141 *Wemelsfelder*, Herstel (wie Anm. 25), 97.

142 NA, Financieel Attaché New York en Washington, Zugangsnr. 2.08.75, Inventarnr. 3365: De Nederlandse kapitaalbelangen in Duitsland, 23. August 1948.

143 BArch, Bestand Z 45 F, OMGUS, FIN/17/18: Memorandum on the Netherlands-German Economic Relations, 11. Oktober 1949.

dischen Investitionen vermieden werden sollten.¹⁴⁴ Es wurde darauf hingewiesen, dass die Niederlande bezüglich aller Dekartellisierungen, die Auswirkungen auf niederländische Interessen haben konnten, vor der endgültigen Entscheidung konsultiert werden wollten. Beispielweise waren die Niederlande verärgert darüber, dass die Alliierten trotz des erheblichen niederländischen Aktienbesitzes nicht mit ihnen über die IG Farben gesprochen hatten. Den Haag wollte auch die Möglichkeit internationaler Schiedsgerichtsbarkeit über niederländische Ansprüche in Dekartellisierungsfragen offenhalten.¹⁴⁵ Zunächst wollten die Briten und Amerikaner davon nichts wissen. Die Wiedererlangung niederländischer Eigentumsrechte in Deutschland blieb daher ein wichtiges politisches Ziel der verschiedenen Nachkriegskabinette.¹⁴⁶ In einer Notiz vom 28. April 1949 stellte Hirschfeld – mit einiger Berechtigung – fest, niederländische Kapitalinteressen seien „ernsthaft bedroht“.¹⁴⁷

Einen Monat später konnten Ausländer, die in Deutschland Investitionen getätigt hatten, ihre Einkünfte immer noch nicht transferieren. Einige europäische Länder mussten daher ihre Importe aus Deutschland einschränken und ihre Exporte ins ehemalige Reich steigern. Einige dieser Länder, insbesondere die Niederlande, konnten nicht ohne deutsche Produkte, vor allem Maschinen, Ersatzteile und Kohle, auskommen. Importe dieser Produkte durften nicht unter ein bestimmtes Maß fallen. Da Exporte nach Deutschland immer noch durch die Alliierten behindert wurden, waren Dollarzahlungen an der Tagesordnung. Das machte Deutschland gegenüber fast allen europäischen Ländern zum Schuldner, einschließlich der Niederlande.¹⁴⁸ Dieses Muster des ökonomischen Austauschs entsprach nicht den gewachsenen europäischen Strukturen und wurde von den Alliierten künstlich aufrechterhalten. Den *Economisch-Statistische Berichten* zufolge würde eine Wiederaufnahme von Kapitaltransfers aus Deutschland das europäische Dollardefizit senken und sollte daher „sobald als möglich erlaubt werden“.¹⁴⁹

144 Wielenga, West-Duitsland (wie Anm. 105), 261.

145 NA, Financieel Attaché New York en Washington, Zugangsnr. 2.08.75, Inventarnr. 3365: De Nederlandse kapitaalbelangen in Duitsland, 23. August 1948.

146 Wielenga, West-Duitsland (wie Anm. 105), 261.

147 NA, Buitenlandse Zaken/Code-Archief 45-54, 1945-1954, Zugangsnr. 2.05.117, Inventarnr. 27277: Duitsland West. Nederlandse verlangens inzake geallieerde politiek in Duitsland; Nota Hirschfeld deel I; Nota betreffende de geallieerde en Nederlandse politiek t.a.v. West-Duitsland, 28. April 1949.

148 Van der Burg, Transfer (wie Anm. 1), 394.

149 Ebd. 395.

Niederländische Diplomaten und Vertreter niederländischer Unternehmen versuchten, die Alliierten von der dringenden Notwendigkeit zu überzeugen, den Transfer von Kapitaleinkünften aus Deutschland zu erlauben. Die am 23. Mai 1949 neugegründete Bundesrepublik Deutschland war in diesem Punkt ebenfalls nicht zugänglich. Das war kaum verwunderlich, da im Mai 1945 deutscher Besitz in den Niederlanden als Feindvermögen eingezogen worden war. Einige niederländische Unternehmer hatten diese Maßnahme bereits im Juni 1947 in Frage gestellt. Sie fragten sich, ob es im Interesse der Niederlande liege, die Wiederaufnahme von Kontakten völlig auszuschließen. Schließlich waren bestimmte Produkte von deutschen Firmen geliefert worden, die für die Niederlande unverzichtbar waren.¹⁵⁰

Zudem fehlte es den niederländischen Vertretern vielfach an Takt. Pläne für die Annexion deutscher Gebiete verschlechterten die Stimmung¹⁵¹, vor allem in Nordrhein-Westfalen. Dessen Ministerpräsident Karl Arnold erklärte, es solle „der niederländischen Seite klar gemacht werden, dass sich vertrauensvolle wirtschaftliche Beziehungen nur anbahnen lassen, wenn der Weg der Verhandlungen und nicht der Weg der Gewalt und der einseitigen Auferlegung beschritten wird“.¹⁵² Dazu kam, dass die Niederlande aus der westdeutschen Sicht nur ein Land unter mehreren waren, mit dem die Beziehungen normalisiert werden mussten. Es gab dabei einen Unterschied zwischen großer und kleiner Politik. In der kleinen Politik waren die Niederlande Deutschlands wichtigster Partner. Aber was die große Politik betraf, so war der kleine Nachbar Bonn nur ein kleiner Partner. Bonns Priorität lag auf den Beziehungen zu den Besatzungsmächten, einschließlich Frankreichs, und der Wiedererlangung der Unabhängigkeit.¹⁵³ Dafür hatte die niederländische Regierung ein besseres Gespür als die ABUP, die fand, ihre Interessen sollten besser gewahrt werden. Niederländische Unternehmen hielten ihre Interessen für die einzig wichtige Angelegenheit im niederländisch-deutschen Verhältnis. Die internationale Politik spielte aber gleichfalls eine bedeutsame Rolle, und die niederländische Regierung musste sowohl die große Politik der allgemeinen Diplomatie als auch die kleine Politik der

150 NA, Hirschfeld, Zugangsnr. 2.05.48.03, Inventarnr. 2: Notes of the Meeting of Delegates of the Trust Company, 6. Juni 1947.

151 *Bloemers*, De financiële verhouding (wie Anm. 5), 10.

152 Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 53–114, Staatskanzlei: Aktennotiz, 30. Mai 1949.

153 *Friso Wielenga*, Der Weg zur neuen Nachbarschaft nach 1945, in: Joachim Frederik Erwin Bläsing/Jac Bosmans/Horst Lademacher/Wichard Woyke (Hrsg.), Die Niederlande und Deutschland. Nachbarn in Europa. Hannover 1992, 124–142, hier 130.

Handelsbeziehungen (die vielfach die niederländischen bilateralen Beziehungen dominierten) berücksichtigen.¹⁵⁴

Die niederländische Regierung und niederländische Unternehmen arbeiteten bei der Förderung niederländischer (Industrie-)Interessen zusammen, obgleich diese Kooperation nicht immer reibungslos verlief.¹⁵⁵ Die ABUP fand, die niederländische Regierung tue zu wenig, um ihre Interessen zu verteidigen, und beschloss deshalb, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. In einem Versuch, ihre Interessen in Deutschland voranzubringen, schlossen sich Royal Dutch Shell, Unilever, Philips, AKU (ABUP) zur Steenberghe-Kommission (*Commissie voor Nederlandse Industriële Belangen*) zusammen. Die ABUP und die Steenberghe-Kommission waren nicht identisch. Erstere war bereits vor dem Zweiten Weltkrieg gegründet worden, die Steenberghe-Kommission nach dem Krieg. Sie hatte mehr Mitglieder und war ausschließlich auf niederländische Industrieinteressen in Deutschland ausgerichtet. Steenberghe übernahm mit Unterstützung durch seinen Freund Hirschfeld den Vorsitz.¹⁵⁶ Die vier großen niederländischen multinationalen Konzerne forderten die niederländische Regierung, die bereits vollständig auf die Wahrung ihrer Interessen konzentriert war, mehrfach dazu auf, noch mehr zu tun.¹⁵⁷ Das Außenministerium, das Wirtschafts- und das Finanzministerium erteilten ihre Zustimmung.¹⁵⁸ Frits Fentener van Flissingen von der 1896 gegründeten *Steenkolen Handels-Vereeniging* (SHV) ging einen Schritt weiter und bat die Regierung, eine eigene Einrichtung für deutsche Belange zu schaffen, eine Art Ministerium für „Hinterlande“, wie es für die niederländischen Kolonien bestand. Er wurde dabei von den großen Banken unterstützt, welche die wechselseitigen Abhängigkeiten der Vorkriegsjahre zwischen den Niederlanden und Deutschland wiederherstellen wollten. Diesen Vorschlag lehnte die Regierung ab. Den niederländischen Historikern Meindert Fennema und John van Rhijnsburger zufolge sind die Gründe dafür unklar.¹⁵⁹ Es ist aber offensichtlich, dass das Außenministerium vermeiden wollte, dass sich verschiedene Abteilungen mit den Aufgaben befassten. Das Außenministerium wollte weiterhin die zentrale

154 Marc Dierikx/*Jan Petit*, Het dossier „Urk“. De rol van de luchtvaart in de Nederlandse betrekkingen met de Volksrepubliek China, 1949–1996, in: TG 130, 2017, 173–196, hier 174.

155 *Bloemers*, De financiële verhouding (wie Anm. 5), 10.

156 *Fennema/van Rhijnsburger*, Hirschfeld (wie Anm. 140), 209.

157 Ebd. 208.

158 *Wubs*, International Business (wie Anm. 25), 169.

159 *Fennema/van Rhijnsburger*, Hirschfeld (wie Anm. 140), 208f.

Koordinierungsstelle bleiben und keine Kompetenzen abgeben. Deshalb konnte es auch nicht akzeptieren, dass die niederländischen Wirtschaftsinteressen in Deutschland aus dem Außenministerium in andere Behörden ausgelagert wurden. Dabei spielte die Überlegung eine Rolle, dass in Wirtschaftsfragen die niederländische Position gegenüber Deutschland nicht sehr stark war. Aber Bonn war in politischer Hinsicht auf die Niederlande angewiesen. Bei der Koordination dieser Angelegenheiten spielte das Außenministerium eine zentrale Rolle, die es nicht aufgeben wollte.

Obgleich niederländische Anliegen wiederholt den Besatzungsbehörden zur Kenntnis gebracht wurden, erzielten weder die Regierung noch die Unternehmen nach dem Sommer 1949 einen Durchbruch.¹⁶⁰ Nach einem Treffen mit John McCloy, dem Nachfolger Clays als Militärgouverneur der amerikanischen Zone, wurde festgehalten, dass „one can only hope that continuous battering on the same anvil will, in the end, lead to a better understanding of the difficulties that Allied industries in Germany face“.¹⁶¹ Die deutschen Delegierten waren bereit, das Problem der Kapitaleinkünfte anzugehen, wurden aber von den Alliierten daran gehindert. Im Zuge von Verhandlungen zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik, die vom 24. Januar bis 2. Februar 1950 in Frankfurt stattfanden, entwarfen die niederländischen und westdeutschen Delegationen eine „sehr befriedigende“ Formel für den Transfer von Kapitaleinkünften, die besagte, dass die Transfers sobald wie möglich beginnen sollten; das sei im Moment aber unmöglich, da die alliierten Beobachter die Veröffentlichung dieser oder anderer Deklarationen untersagten.¹⁶² Bonn schien allerdings ebenfalls nicht so erpicht darauf, niederländischen Unternehmen den Transfer von Gewinnen außer Landes zu erlauben, was wiederum einigermaßen verständlich ist, denn die Niederländer waren ihrerseits nicht besonders entgegenkommend, was die Behandlung konfiszierten deutschen Eigentums in den Niederlanden betraf.¹⁶³ Als Ergebnis entstand eine Art Patt.

160 *Wielenga*, West-Duitsland (wie Anm. 105), 261.

161 Zitiert nach ebd. 261 f.

162 NA, Dir. Buit. Betalings Verkeer (Alg. Beheer), Zugangsnr. 2.08.50, Inventarnr. 36: Nota Plv. Directeur-Generaal van het Buitenlands Betalings Verkeer M. Boomstra, Terzake van onderhandelingen met Duitsland, an Minister of Finance Liefwinck, 8. Februar 1950.

163 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, B 60, Bd. 120: Brief K. Du Mont an Auswärtiges Amt, Deutsch-niederländische Finanzbeziehungen, 11. April 1951.

V. Der Generalvertrag

Es sollte bis 1952 dauern, bis die Frage der Kapitaleinkünfte in einem größeren internationalen Rahmen diskutiert wurde. Verhandlungen über diese sensible Frage und die internationalen Auswirkungen des Lastenausgleichs fanden in London vom Februar bis August 1952 statt. Eine wichtige Rolle in der Diskussion über den finanziellen Umgang mit den Konsequenzen des Zweiten Weltkriegs innerhalb Deutschlands spielten „Forderungen nach einem Lastenausgleich zwischen denen, die alles verloren hatten und anderen, die unbeschadet oder sogar als Gewinner aus dem Krieg hervorgegangen waren“. ¹⁶⁴ Alle, die durch den Krieg ihr Eigentum verloren oder finanziell gelitten hatten, sollten entschädigt werden. Anspruchsberechtigte erhielten im Durchschnitt 6000 Mark. ¹⁶⁵ Der Lastenausgleich war seit der Gründung der Bundesrepublik heftig diskutiert worden, was kaum überrascht, da es um große Wirtschaftsinteressen ging. ¹⁶⁶ Obgleich es sich um eine interne deutsche Angelegenheit handelte, hatte sie internationale Folgen. Auf der Londoner Schuldenkonferenz wurde das erste Mal über direkte Entschädigungen für alle Opfer des Nazi-Regimes diskutiert. ¹⁶⁷

In London entwarfen Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten Empfehlungen zur Beendigung des Kriegszustands und einer Anpassung des Besatzungsstatuts. ¹⁶⁸ Diese Übereinkunft war für den jungen westdeutschen Staat nicht von Nachteil, da er nun gegenüber möglichen Lieferanten seine Kreditwürdigkeit demonstrieren konnte. Auf der politischen Ebene wollte Bonn guten Willen dokumentieren. Es ging nicht nur um Rückzahlungen von Kapitalerträgen, sondern allgemein um die Hebung des Vertrauens in die deutsche Kreditwürdigkeit. ¹⁶⁹ Allerdings sollten die Schuldverpflichtungen im Interesse der inneren wirtschaftlichen Stabilität Deutschlands so niedrig wie möglich ausfallen. ¹⁷⁰

164 *Bernd Faulenbach*, Deutschland in den fünfziger Jahren. Bonn 2003, 21.

165 *Frits Boterman*, Moderne geschiedenis van Duitsland 1800 – heden. Amsterdam 2005, 415f.

166 *Abelshausen*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 98), 331–335.

167 *Peter van der Auweraert*, Dwangarbeid onder het Nationaal-Socialisme: de lange weg naar materieel herstel, in: Eva Brems/Pieter Vanden Heede (Eds.), Bedrijven en mensenrechten. Verantwoordelijkheid en aansprakelijkheid. Gent 2003, 185–208, hier 193.

168 *Wielenga*, West-Duitsland (wie Anm. 105), 262.

169 Ebd.

170 *Wemelsfelder*, Herstel (wie Anm. 25), 110.

Der Bundestag fasste am 14. August 1952 einen endgültigen Beschluss. Eine Abgabe von 50 Prozent auf allen Besitz in Deutschland sollte in dreißig Jahresraten bezahlt werden.¹⁷¹ Ein wichtiges Element der Diskussionen über den Lastenausgleich war gewesen, in welchem Ausmaß ausländische Unternehmen von diesen Steuern befreit werden sollten.¹⁷² Diese Frage war für Den Haag und andere Länder mit finanziellen Interessen in der Bundesrepublik von großer Bedeutung. Steenberghe und Kohnstamm hatten darauf bestanden, dass ausländische Unternehmen in Deutschland von diesen Sonderabgaben ausgenommen waren, da sie der Meinung waren, dass diese nur auf deutsche Firmen bezogen sein sollten.¹⁷³ Auf der Londoner Schuldenkonferenz war die niederländische Delegation vor allem darauf ausgerichtet, ihren Anspruch auf Eigentum in Deutschland wiederzuerlangen, und sie wollte nicht, dass der Lastenausgleich auf diese Investitionen bezogen wurde.

Die Niederlande versuchten, diese Position durch politische Lobbyarbeit und das Steenberghe-Komitee durchzusetzen. Der Weg zu einer Übereinkunft war jedoch mit Hindernissen gepflastert. In Übereinstimmung mit der allgemeinen amerikanischen Politik befürworteten die Vereinigten Staaten eine Begrenzung der Ansprüche gegenüber Deutschland.¹⁷⁴ Trotzdem erzielten die „großen Drei“ im Generalvertrag vom Mai 1952 eine Übereinkunft. Sie kündigten die Einrichtung einer „Federal Higher Authority on Foreign Interest“ an, die in bestimmten Fällen im Vorgriff auf einen endgültigen Friedensvertrag Ausländern auf derselben Basis wie Deutschen Entschädigung gewähren konnte.¹⁷⁵ Diese Vereinbarung war den Niederlanden besonders willkommen. Trotz heftigen deutschen Widerstands legte der Generalvertrag fest, dass Unternehmen, bei denen mehr als 85 Prozent der Aktien in den Händen von Verbündeten waren, für sechs Jahre von den Steuern ausgenommen sein sollten. Dies würde die Belastung um 20 Prozent verringern, bedeutete aber andererseits, dass immer noch 80 Prozent der Steuer zu zahlen waren. Den Haag hatte so hart gekämpft, um die Interessen der niederländischen Unternehmen zu verteidigen, dass es angesichts der fehlenden Kooperation der Alliierten über diese kleine Konzession glücklich schien. Das Außenministerium zog den Schluss, dass die Angele-

171 *Wielenga*, West-Duitsland (wie Anm. 105), 263. Vgl. auch: *Kleßmann*, Doppelte Staatsgründung (wie Anm. 76), 190.

172 *Wielenga*, West-Duitsland (wie Anm. 105), 263.

173 *Harry van der Harst*, Max Kohnstamm (wie Anm. 84), 119.

174 *Wielenga*, West-Duitsland (wie Anm. 105), 263.

175 Die folgenden Ausführungen stützen sich, wenn nicht anders angegeben, auf ebd. 263 f.

genheit auf befriedigende Weise erledigt worden sei.¹⁷⁶ Eine abschließende Regelung sollte allerdings erst 1960 erreicht werden.

Wielenga zieht den zutreffenden Schluss, dass der Generalvertrag von 1952 die niederländischen Kapitalinteressen in einer befriedigenden Weise absicherte. Das Außenministerium stellte fest, dass sich die niederländischen Bemühungen endlich ausgezahlt hätten, und dass die Ergebnisse im Großen und Ganzen den niederländischen Bedürfnissen und Interessen entsprächen. Das Finanzministerium und das Steenberghe-Komitee stimmten dem zu. Das bedeutet allerdings nicht, dass der Generalvertrag alle Probleme um die niederländischen Finanzinteressen in Deutschland gelöst hätte.

Eine der ungelösten Fragen war der Transfer der Kapitaleinkünfte. Der Generalvertrag übertrug die Befugnisse in diesem Bereich auf die deutsche Bundesregierung, und Bonn sollte die Regeln nach und nach auf der Grundlage der OECD-Beziehungen lockern, in deren Rahmen die weitere Liberalisierung des innereuropäischen Handels erfolgte. Der Londoner Schuldenvertrag, der am 27. Februar 1953 unterzeichnet wurde, garantierte eine Ablösungs- und Austauschregel, von der niederländische Gläubiger allerdings erst ab 1958 profitierten.¹⁷⁷ Der Hauptgrund hierfür war, dass sich die Niederlande im letzten Moment weigerten, den Vertrag zu unterzeichnen, da sich mit Blick auf Auslandsbonds neue Probleme ergaben. Diese Auslandsbonds waren von der Reichsregierung außerhalb Deutschlands in anderen Währungen als der Reichsmark ausgegeben worden. Während der Besetzung der Niederlande wurden sie mit wertlosen Reichsmark zurückgekauft und nach Deutschland verbracht. Das schloss Obligationen der Vorkriegszeit, vor allem Dawes- und Young-Anleihen ein, die im Krieg in den Niederlanden mit Reichsmark gekauft, an die Niederländische Bank verkauft und gegen Gulden eingetauscht worden waren.¹⁷⁸ Die Niederlande verlangten, dass diese Anleihen im Wert von etwa 200 Millionen Gulden zurückgegeben werden sollten. Da Bonn nicht willens war, diese Ansprüche anzuerkennen, verweigerte Den Haag die Unterschrift unter den Londoner Schuldenvertrag. Eine niederländische Unterschrift hätte bedeutet, dass die Bundesregierung den Vertrag benutzen konnte, um alle Verhandlungen über

176 Jaarboek van het Ministerie van Buitenlandse Zaken 1951/1952. Den Haag 1952, 88.

177 Dieser Absatz beruht, soweit nicht anders angemerkt, auf *Wielenga*, West-Duitsland (wie Anm. 105), 265, 444f.

178 NA, Zugangsnr. 2.08.75, Inventarnr. 3335.

Auslandsbonds bis zu einer späteren Friedensverhandlung zu verschieben. Den Haag betrachtete das Verweigern der Unterschrift als einen Weg, Druck auf Westdeutschland auszuüben, um die Aufnahme von Verhandlungen über Auslandsbonds zu erreichen; Bonn wollte die Frage allerdings nur auf einem internationalen Forum diskutieren.¹⁷⁹ Das niederländische Parlament war über die negative Reaktion der Deutschen enttäuscht.¹⁸⁰ Der westdeutsche Botschafter in den Niederlanden, Hans Mühlenfeld, erkannte als einziger die möglichen negativen Konsequenzen der Bonner Haltung; er befürchtete ernsthafte negative Rückwirkungen auf die instabilen niederländisch-deutschen Beziehungen.¹⁸¹ Da keine Vereinbarung erzielt werden konnte, wurde der 200-Millionen-Gulden-Anspruch zu einer langfristigen Angelegenheit. Eine Lösung wurde erst mit dem niederländisch-deutschen Ausgleichsvertrag 1960 erreicht.¹⁸²

VI. Schlussfolgerungen

Obleich Deutschland bankrott und bereits vor dem Zweiten Weltkrieg nicht in der Lage war, Geld ins Ausland zu transferieren, formulierten die Niederlande nach dem Ende des Dritten Reichs dem Land gegenüber starke finanzielle Forderungen. Den Haag bemühte sich verzweifelt, alle niederländischen Unternehmens- und Investoreninteressen in Deutschland zu verteidigen. Unter dem Einfluss einer starken Lobby der vier großen niederländischen multinationalen Unternehmen sah es sich aber gezwungen, sich auf die Ansprüche der großen Unternehmen zu konzentrieren. Die Beziehungen zwischen AKU, Royal Dutch Shell, Unilever und Philips und der niederländischen Regierung waren im Zweiten Weltkrieg stark gewesen, da Unilever und Royal Dutch Shell die Beamten der niederländischen Exilregierung stellten und in allen Beratungsgremien vertreten waren. Den Haag unternahm dagegen wenig in der Angelegenheit der teilweise illegalen deutschen Besatzungskosten.

179 BArch B 126/7585, Bd. 2: Memorandum der Bundesregierung, Januar 1956.

180 Ebd. Bd. 1: Openingstoespraak Rinnooy Kan, voorzitter Nederlandse delegatie Auslandsbonds, 18. Januar 1955.

181 Ebd.: Brief Mühlenfelds an das Westdeutsche Außenministerium, 16. Februar 1955.

182 *Friso Wielenga*, Streep onder het verleden? Den Haag, Bonn en de „Generalbereinigung“ van 1960/63, in: ders. (Ed.), *De Duitse buur. Visies uit Nederland, België en Denemarken 1945–1995*. Den Haag 1996, 42–69.

Infolge der alliierten Besatzungspolitik waren niederländische Unternehmen und Staatsbürger jahrelang nicht in der Lage, den Zugriff auf ihre Investitionen zu erlangen. 1945 kontrollierten die Alliierten nicht nur die deutsche Wirtschaft, sondern auch den Besitz der Verbündeten. Gesetze der Militärregierung blockierten alle niederländischen Interessen in Deutschland. Der Transfer und die Bewegung von Kapital waren verboten, Bankkonten waren gesperrt und Investitionen zur Erweiterung von Betrieben untersagt. Damit traf die Politik der Alliierten, vor allem jene der Briten und Amerikaner, Freund und Feind gleichermaßen. Das hatte schwere Folgen für die Niederlande, da etwa 80 Prozent des niederländischen Eigentums in Deutschland in den westlichen Besatzungszonen lagen. Alle Firmen in Deutschland, auch solche die ganz oder teilweise alliierten oder verbündeten Staaten gehörten, waren mit der Drohung der Verstaatlichung, Dekonzentration und Dekartellisierung konfrontiert.¹⁸³

Die Niederlande waren bis zum Oktober 1948 nicht in der Lage, ihre Ansprüche zu verteidigen und niederländische Kapitalinteressen öffentlich zu vertreten. Erst auf der Pariser Konferenz wurden Empfehlungen für die finanzielle Rehabilitation ehemals besetzter Länder formuliert. Die niederländische Delegation war in der Lage, einige Konzessionen zu erreichen. Die wichtigste war die Empfehlung, dass ausländische Tochtergesellschaften in Deutschland sowie Firmen, die komplett in ausländischen Händen waren, vom Lastenausgleich ausgenommen bleiben sollten, einer Vermögenssteuer welche die Bedürfnisse befriedigen sollte, die sich aus dem Krieg und der Währungsreform ergaben. Von Anfang an verlangte Den Haag – und die niederländische Delegation in Paris –, dass niederländische Interessen von der Steuer ausgenommen sein sollten. Diese Forderung ergab sich aus der Auffassung, dass niederländisches Kapital nicht für die Finanzierung der Lasten des von Deutschland begonnenen und geführten Krieges herangezogen werden sollte. Damit hatten die Niederlande einen gewissen Erfolg. Der Generalvertrag von 1952 legte fest, dass Unternehmen, die sich zu über 85 Prozent im Besitz der alliierten Staaten befanden, für sechs Jahre von der Steuer ausgenommen sein sollten. Das verminderte die Last um etwa 20 Prozent, obgleich 80 Prozent der Steuer – ein erheblicher Betrag – trotzdem entrichtet werden mussten. Obgleich der Erfolg gering war und

183 Wubs, *Miracle* (wie Anm. 13), 16.

recht wenig erreicht wurde, schienen die Niederlande mit dem Erreichten insofern zufrieden, als sie von den Alliierten wenig Unterstützung erhalten hatten.

Zusammenfassung

Die Niederlande, die zwischen 1940 und 1945 von Deutschland besetzt gewesen waren, machten nach dem Ende des Krieges gegenüber Deutschland schwerwiegende finanzielle Forderungen geltend: die Rückzahlung der teilweise illegalen Besatzungskosten, welche die Deutschen erhoben hatten, sowie den Zugriff auf die erheblichen niederländischen Vorkriegsinvestitionen in Deutschland. Vor allem die Investitionen der vier großen multinationalen Unternehmen – Unilever, Royal Dutch Shell, Philips und AKU (*Algemene Kunstzijde Unie*) – wurden von den verschiedenen Nachkriegsregierungen der Niederlande erbittert verteidigt, was teilweise durch deren starke politische Lobby erklärt werden kann. Für die Niederlande war die Wiedererlangung der Kontrolle über ihre Investitionen in Deutschland von größter Bedeutung, da die niederländisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen für das Land essentiell waren: Ohne eine wirtschaftliche Erholung Deutschlands war auch die wirtschaftliche Erholung der Niederlande unmöglich. Den Haag ging es vor allem darum, dass niederländische Unternehmen vom Lastenausgleich und damit von Sondersteuern ausgenommen blieben. Schließlich legte der Generalvertrag vom Mai 1952 fest, dass Unternehmen, bei denen sich mindestens 85 Prozent der Aktien in alliierten Händen befanden, für sechs Jahre von solchen Steuern ausgenommen bleiben sollten. Obgleich somit der Erfolg begrenzt war, waren die Niederlande damit vor dem Hintergrund der begrenzten Kooperation ihrer Verbündeten zufrieden.

Der Autor dankt den anonymen Gutachtern für stimulierende, kritische Rückmeldungen zu einer früheren Version des Artikels und den Herausgebern der Historischen Zeitschrift für die Übersetzung dieses Aufsatzes ins Deutsche.

Dr. *Martijn Lak*, The Hague University of Applied Sciences, Johanna Westerdijkplein 75, 2521 EN Den Haag